



SACHSEN RECHTS UNTEN 2018

INHALT

- 4** Einleitung
- 6** **Tradition, die verpflichtet:**
Kontinuitäten neonazistischer Strukturen
und Aktivitäten in Bautzen
- 13** **Die unanständige Gesellschaft:**
Kontinuitäten des Wegschauens bei
rechter Gewalt am Beispiel Polenz
- 18** **Von der Hauptstadt der Bewegung zur
Hauptstadt des Widerstandes:**
Kontinuitäten extrem rechter Organisationen
in Dresden
- 24** **„Ich glaub‘, die meisten wollen mit
der Thematik gar nichts zu tun haben ...“**
Verbreitung rassistischer Narrative in einer
Kleinstadt am Beispiel Geithain
- 30** Impressum

EINLEITUNG

Die Publikationsreihe „Sachsen rechts unten“, erarbeitet und herausgegeben vom Kulturbüro Sachsen e.V., beschäftigt sich seit 4 Jahren mit verschiedenen Facetten der extremen Rechten in Sachsen. In den ersten Ausgaben lagen die Schwerpunkte auf der Bedeutung von Immobilien für die Neonazi-Szene, den Wirkungsweisen und Inhalten asylfeindlicher Bewegungen und der neuen Diversität in der extremen Rechten.

Die vorliegende vierte Ausgabe der Publikation „Sachsen rechts unten“ beschreibt die langen Entwicklungslinien und die Kontinuitäten, die die Geschichte der organisierten Neonazi-Szene und der extremen Rechten im Bundesland Sachsen bis heute abbilden. Diese Ausgabe verweist damit gleichzeitig auf die Bedingungen, die parteigebundene und -ungebundene Strukturen des Rechtsextremismus in Sachsen für ihre Entwicklung fanden.

~

Es ist eine eindrucksvolle Ahnengalerie, die sich das Wettiner Herrscherhaus am kurfürstlichen Marstall in Dresden anbringen ließ. Der Fürstenzug in der Dresdner Augustusstraße verewigt auf fünfundzwanzigtausend Porzellanfliesen und 102 m Länge die Herrscher aus dem Fürstengeschlecht der Wettiner. Die berittenen Markgrafen, Kurfürsten und Könige und ihr Gefolge vereinen sich zu einem

Festzug, der durch acht Jahrhunderte reicht. Das populäre Bilderbuch sächsischer Geschichte wurde zwischen 1872 und 1876 von Wilhelm Walther geschaffen und zu Beginn des 20. Jahrhunderts auf Meißner Porzellan übertragen. Angeführt wird der feudale Aufmarsch von Spielzeugen und Bannerträgern, die Sie auf den Umschlagseiten dieser Handreichung abgebildet sehen. Sie stehen in diesem Fresko ebenso für die einfachen Menschen aus dem sächsischen Volk, wie die bürgerliche Schlussgruppe am Ende des Fürstenzuges. In der öffentlichen Wahrnehmung treten diese 59 einfachen Menschen – Wissenschaftler, Künstler, Handwerker, Soldaten, Kinder und Bauern – jedoch häufig hinter den 35 abgebildeten Regenten zurück. In der Neuzeit versuchte der sächsische Ministerpräsident Kurt Biedenkopf, in der öffentlichen Wahrnehmung Anschluss an diese fürstlich-feudale Ahnengalerie zu finden. Gerne ließ er sich von Sächsinen und Sachsen mit König Kurt ansprechen. Kurt Biedenkopf steht jedoch mit seinem Ausspruch „Die sächsische Bevölkerung hat sich als völlig immun erwiesen gegenüber den rechtsradikalen Versuchungen.“¹ auch für eine andere sächsische Tradition der Gegenwart: gesellschaftliche Probleme und politische Fehlentscheidungen schön zu reden und im Besonderen rechtsextreme Einstellungen und Gewalt, die in der sächsischen Bevölkerung erhebliche Unterstützung erfahren, zu ignorieren.²

Zur Geschichte des Rechtsextremismus in Sachsen gehören die Parteien, wie die *Freiheitliche Arbeiterpartei (FAP)*, *Deutsche Liste*, *Deutsche Alternative*, *Deutsche Volksunion (DVU)*, *Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)*, *Republikaner* und deren Reste und Verwandlungen, Neugründungen, ihre Kader und Karrierebiografien, ihre Versammlungen und Programme. Darüber hinaus sind ihre Wahlteilnahmen, Kampagnen und ihre Skandale in Sachsen mit zahlreichen Namen und Orten verbunden.

Von Jürgen Schön über Uwe Leichsenring bis hin zu Holger Apfel sind die Listen mit Personen und Ereignissen zu füllen, die jede für sich wieder Mengen von Namen und Ereignissen aufrufen, etwa die Geschichten um den Mediziner Dr. Johannes Müller aus Sebnitz oder auch die der Mitbegründerin des *Ringes Nationaler Frauen* Gitta Schüßler aus Limbach-Oberfrohna, beide ehemalige Abgeordnete der *NPD* im Sächsischen Landtag. Viele derjenigen, die als junge Menschen bereits mit den ehemaligen Protagonist*innen der sächsischen Neonazi-Szene Kontakt hatten oder an deren Veranstaltungen teilnahmen, finden wir heute in neuem Gewand bei der *Identitären Bewegung (IB)* oder aber auch bei der *Alternative für Deutschland (AfD)* wieder. Das Parteiblatt der *NPD* „Deutsche Stimme“ und der gleichnamige Verlag zogen

2000 nach Riesa. Das Verlautbarungsblatt und der Verlag waren und sind Arbeits- und Profilierungsgelegenheit für eine lange Reihe von Kadern und Akteur*innen der Neonazis in Sachsen. In Erinnerung gebracht verbinden sich mit einzelnen Namen weitere Netzwerke und Personengruppen, zum Beispiel mit Jens Pühse, Jens Schreiber oder auch mit Jürgen Gansel. Eine Aufzählung der „rechten“ Parteien, Vorfeldorganisationen und nicht parteigebundenen Gruppierungen in Sachsen macht deutlich, dass es auch um Splittergruppierungen und deren Auftauchen, ihr Sichtbarwerden und Verschwinden geht. Mit der *Wiking Jugend*, *Heimattreuen Deutschen Jugend*, *Wanderjugend Gabor*, *Sturmvogel*, *IG Fahrt* und *Lager* und den „Ludendorffern“ sind Akteur*innen in Sachsen benannt, die in Auftreten und Programmatik unmittelbar an den historischen Nationalsozialismus anknüpfen.

Gerade die Kontinuitäten in der sächsischen Neonazigeschichte müssen regional und manchmal auch lokal erzählt werden, wenn es um Personen und Institutionen der Szene geht. Im Vogtland oder auch im Erzgebirge, in der Lommatzcher Pflege, im Muldentalkreis, in Niesky und Görlitz, Bautzen und Freital, Wurzen oder auch Meißen, in der Oberlausitz, in Nordsachsen, Torgau und Eilenburg, in Leipzig, Chemnitz, Dresden, ... gibt es Protagonist*innen und Ereignisse, die in sich die Geschichte sächsischer Neonazis widerspiegeln und ohne die die fast 30jährigen Kontinuitäten undenkbar wären.

Dazu gehören beispielsweise die Geschichten des „Offiziers“ der Wehrsportgruppe Hoffmann Bernd G. aus Plauen oder des ehemaligen Kassenwarts der österreichischen NPD und „Ludendorffers“ Raimund B. im sächsischen Noschkowitz. Eine Geschichte des Rechtsextremismus in

Sachsen ist auch die der Aufmärsche von sächsischen Neonazis. Viele der bundesweit agierenden Kader konzentrierten sich in den letzten 25 Jahren auf Sachsen. So zogen bereits im Juni 1991 mehr als 1.500 Neonazis durch Dresden, skandierten „Deutschland den Deutschen, Ausländer raus“ und „Sieg Heil“ auf den Straßen. Es gab die von Neonazis organisierten Aufmärsche anlässlich der sogenannten Wehrmachtausstellungen in Dresden, Chemnitz und Leipzig. In Erinnerung sind auch die Worch-Anmeldungen am Völkerschlachtdenkmal in Leipzig, die größten Neonaziaufmärsche Europas anlässlich des 13. Februar in Dresden, die *JN* Sachsentaube, Fackelmärsche und Mahnwachen.

Zur Geschichte des Neonazismus in der Bundesrepublik, zu dem die parteigebundene und -ungebundene Szene Sachsens einen erheblichen Anteil leistete, gehören auch die tausenden rechtsmotivierten Übergriffe auf Menschen seit 1990 bundesweit. Mindestens 14 Menschen in Sachsen starben in den letzten 28 Jahren an den Folgen solcher Angriffe. Der Name Hoyerswerda steht seit 1991 in der gesamten Bundesrepublik als Synonym für den Beginn einer ganzen Welle rassistischer Ausschreitungen. Freital und Heidenau haben diese Reihe in jüngerer Zeit ergänzt. Auch wenn die Haupttäter*innen der rassistischen Gewalt in Freital und Heidenau heute vor Gericht stehen, so wurden sie in ihren Zielen doch von einer breiten lokalen Basis und großem Zuspruch über soziale Netzwerke unterstützt.

Dass die derzeit prominenteste rechtsterroristische Gruppierung, der *Nationalsozialistische Untergrund (NSU)*, seinen Wohnort und seine Basis über mehr als zehn Jahre ausgerechnet im Bundesland Sachsen hatte, ist kein Zufall: Hier fan-

den die Rechtsterrorist*innen ein breites Unterstützer*innenumfeld und zahlreiche Helfer*innen. Viele dieser Unterstützer*innen leben noch heute in Sachsen und wurden bisher von keinem Gericht dafür angeklagt, den Mord von mindestens zehn Menschen und zahlreicher Verletzter durch den *NSU* ermöglicht zu haben.³

Die Geschichte des Rechtsextremismus in Sachsen vollständig zu erzählen, geht über den Rahmen unserer jährlichen Publikation „Sachsen rechts unten“ hinaus. Was diese Ausgabe zu den langen Entwicklungslinien und den daraus entstandenen Kontinuitäten der Neonazi-Szene in Sachsen leisten kann, sind Schlaglichter, die zeigen, wie sich Szenen entwickeln, welche Bedingungen dafür notwendig sind und wie personelle und ideologische Kontinuitäten gefestigte Strukturen entstehen lassen. Die vorliegende vierte Ausgabe der Publikation „Sachsen rechts unten“ gibt erneut einen Einblick in die qualitative Verfasstheit der Demokratiegefährdungen in diesem Bundesland. Unser Anspruch ist, exemplarisch zu beschreiben, welche Kontinuitäten die sächsische Neonazi-Szene, die Bewegung der *Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes (Pegida)* oder die asylfeindlichen, teilweise gewalttätigen Proteste hervorgebracht haben, welche Wirkmächtigkeit sie entfalten können und welche Gefahren daraus resultieren.

Wir blicken aus zivilgesellschaftlicher Perspektive auf diese Entwicklungen. Unsere Beschreibung beginnt nicht erst dort, wo Gesetze gebrochen und offener Verfassungsbruch propagiert werden. Wir befragen in unserer Publikation punktuell auch die Rolle des Staates bei der Entstehung dieser Kontinuitäten. Gerade die „paradoxe Aufgabe des nicht-institutiona-

lisierbaren Misstrauens gegen sich selbst⁴ und die Kritikfähigkeit sind es, die einen demokratischen Rechtsstaat von autoritären Ausprägungen unterscheiden. Eine der Aufgaben von Zivilgesellschaft ist das ständige Hinterfragen der Rolle staatlicher Institutionen. Kritik und Auseinandersetzung ist dabei ein Motor für die Weiterentwicklung des demokratischen Rechtsstaates. Als Kulturbüro Sachsen e.V. arbeiten wir gemeinsam mit allen gesellschaftlichen Kräften, die sich für die Verteidigung und die weiterführende Umsetzung der Menschenrechte einsetzen. Dazu zählen zivilgesellschaftliche und staatliche Akteur*innen gleichermaßen. Betonen möchten wir, dass es in Sachsen ein in den letzten 15 Jahren gewach-

senes Netzwerk zivilgesellschaftlicher und menschenrechtsorientierter Zusammenschlüsse und Gruppen gibt. Gerade die flächendeckende Solidarität und das Engagement, auch in der sächsischen Bevölkerung, angesichts der Aufnahme von Geflüchteten in den Jahren 2015/16 ist überwältigend. Dieser Arbeit, die oft ehrenamtlich geleistet wird und in welcher mehr Engagement, Kraft und Ausdauer stecken als in den in dieser Publikation beschriebenen Zuständen, gilt unsere Anerkennung und Unterstützung. Ebenso nehmen wir wahr, dass sich staatliches Handeln und die Unterstützung der demokratischen Zivilgesellschaft in Sachsen wesentlich verbessert und weiterentwickelt haben.

Wir versuchen, mit dieser Analyse und Betrachtung der Problemlagen in Sachsen, unseren Beitrag zur Bearbeitung der Phänomene der extremen Rechten, die uns in verschiedenen Kontinuitäten begegnen, zu leisten.

1 | In *Sächsische Zeitung* 28. September 2000

2 | Vgl. dazu das Essay von Dietrich Herrmann „Der sächsische Weg“ Im Internet unter: <https://gutvertreten.boell.de/2015/05/14/der-saechsische-weg> [aufgefunden: 10.01.2018]

3 | Vgl. u.a. Kulturbüro Sachsen e.V. (2017): *Unter den Teppich gekehrt. Das Unterstützungsumfeld des NSU in Sachsen.*

4 | Habermas, Jürgen (1996): *Die Neue Unübersichtlichkeit. Kleine politische Schriften V Frankfurt (Suhrkamp) Sonderausgabe Aufl. 1996, S. 87*

- 1 -

TRADITION, DIE VERPFLICHTET

KONTINUITÄTEN NEONAZISTISCHER STRUKTUREN UND AKTIVITÄTEN IN BAUTZEN

In den letzten zwei Jahren wurde die Stadt Bautzen im Zusammenhang mit asylfeindlichen Protesten, neonazistischen Aktivitäten sowie Straf- und Gewalttaten gegen geflüchtete Menschen und ihre Unterstützer*innen über Sachsens Grenzen hinaus bekannt. Dabei wurde häufig der Eindruck erweckt, dass diese Phänomene neu oder nahezu aus dem Nichts entstanden sind. Im vorliegenden Artikel soll diese These widerlegt und deutlich gemacht werden, dass neonazistische Strukturen und der verhärmelnde Umgang in Politik, Verwaltung und Gemeinwesen mit ihnen in der Stadt und im Landkreis Bautzen Kontinuitäten in der Vergangenheit aufweisen. Zur Beschreibung werden vor

allem Aspekte wie neonazistische Akteure/Strukturen, deren Aktivitäten und Themen sowie Straf- und Gewalttaten herangezogen.

Einzelne Orte des Landkreises Bautzen sind seit langem aufgrund rassistischer und neonazistischer Aktivitäten weit über den Freistaat Sachsen hinaus bekannt. In Hoyerswerda fanden bereits 1991 pogromähnliche Ausschreitungen eines rassistischen Mobs gegen sogenannte Vertragsarbeiter*innen statt. Die angegriffenen Menschen mussten damals aus Sicherheitsgründen mit Bussen die Stadt verlassen. Heute steht insbesondere die Stadt Bautzen im Fokus der Öffentlichkeit. Hier existieren seit Jahren neonazistische Strukturen und kameradschaftsähnliche Zusammenhänge. Kontinuitäten werden dabei insbesondere an Personen deutlich, die sich seit über 15 Jahren in der neonazistischen Szene engagieren. Die Strukturen und Namen extrem

rechter Organisationen wurden immer wieder den aktuellen Entwicklungen angepasst. Zu Beginn der 2000er Jahre waren es vor allem die *Freien Aktivisten Bautzen*, eine 2002 bekannt gewordene lose strukturierte Gruppierung von etwa zehn Personen¹ und die Kameradschaft *Sturm 24 Bautzen*, die, entsprechend dem damaligen Trend, parteiungebundene, kameradschaftsähnliche Zusammenhänge zu bilden, aktionsorientiert für ihre Idee einer völkisch-rassistischen Volksgemeinschaft eintraten. In den Jahren 2012 bis 2015 waren neonazistische Aktivitäten zunächst von der NPD und später von der Partei *Die Rechte* geprägt. Im Herbst 2017 waren es vor allem *StreamBZ*², die Bruderschaft *Aryan Brotherhood Eastside* – wahlweise auch unter dem Namen *Almighty Brotherhood* – sowie eine Ortsgruppe der extrem rechten *Identitären Bewegung*.

Die *Freien Aktivisten Bautzen* waren vermutlich aus der *Freien Kameradschaft Bautzen* hervorgegangen und im Zusammenhang mit zwei Demonstrationen in Ostsachsen im Jahr 2005 als Unterstützer genannt. Seit dem Jahr 2005 trat verstärkt die Kameradschaft *Sturm 24 Bautzen* auf neonazistischen Skinheadkonzerten und bei Demonstrationen in Erscheinung. Das Demonstrationsgeschehen hatte in den Jahren 2006/2007 deutlich zugenommen. Neben historischen Daten wie dem 1. Mai wurden aktuelle Bezüge hergestellt. Bei mindestens zwei Demonstrationsanmeldungen in Bautzen stand das Motto „Freiheit für alle nationalen Gefangenen“ im Mittelpunkt. Allerdings wurden sowohl die für den 08.04.2006 von der Aktionsgruppe „Unsere Gefangenen müssen raus – Freiheit für Ernst Zündel“³ geplante Demonstration als auch die für den 08.12.2007 von der AG „Repression“ im freien Widerstand der Lausitz angemeldete Demonstration „Menschenrecht bricht Staatsrecht - Freiheit für alle nationalen Gefangenen“ verboten. Das Verbot im ersten Fall erfolgte mit Verweis auf § 15 Absatz 1 Versammlungsgesetz „Gefährdung der öffentlichen Sicherheit“. Die Neonazis wichen an dem Tag mit ihrer Demonstration nach Hoyerswerda aus. Das Verbot für die zweite inhaltlich sehr naheliegende Demonstration begründeten die Richter*innen damit, dass der Aufruf „Freiheit für alle nationalen Gefangenen“ den Straftatbestand des §140 StGB4 erfüllt hätte.⁵ Nach dem Verbot dieser Demonstration durch das Verwaltungsgericht Dresden kündigten die Neonazis vollmundig den Besuch des Bautzner Weihnachtsmarktes an:

„Auch wenn es uns nicht möglich sein wird am 08.12.2007 in Bautzen für all diejenigen zu demonstrieren, die hier im Knast hocken müssen, weil sie es wagten, außerhalb der hier vorherr-

schenden ideologischen Grenzen nach einer Zukunft zu suchen, so kann Euch keiner verbieten, einen Bratapfel auf dem Bautzener Weihnachtsmarkt zu essen um vielleicht in dem ein oder anderen Gespräch den Menschen zu verdeutlichen, in welcher Situation wir hier tatsächlich zu leben gezwungen sind.“

„Zeigt dem System, dass die Zeit der Unterdrückung dem Ende naht! Solidarisiert Euch mit den politischen Gefangenen, gerade in der Weihnachtszeit sind sie auf Euch angewiesen! Werdet aktiv, in jeder Stadt, an jedem Ort!“

Einige Neonazis wichen an dem Tag nach Mittweida aus. 150 bis 200 Neonazis stürten dort die Bergparade. Laut Polizei waren die Neonazis aus Richtung Bautzen angereist.⁶ In der Zeit zwischen diesen beiden Demonstrationsanmeldungen wurden mindestens drei weitere durchgeführte Demonstrationen in Bautzen⁷ bekannt, an denen sich zwischen 100 und 150 Neonazis beteiligten. Initiator der im November 2006 stattgefundenen unangemeldeten Demonstration in Bautzen – einem Fackelmarsch mit ca. 150 Neonazis – soll der damalige NPD-Landtagsabgeordnete Klaus-Jürgen Menzel gewesen sein. Ihm wurde ein Verstoß gegen das Versammlungsgesetz vorgeworfen.⁸

Die Kameradschaft *Sturm 24 Bautzen* nahm am 03./04.09.2005 am Herbstfest des *Nationalen Jugendblock Zittau e.V.* teil und wurde als Organisator von drei neonazistischen Skinheadkonzerten⁹ 2005/2006 bekannt, in denen u.a. die Bautzner Band „Asatru“ spielte. Die gewaltbereite und gewaltanwendende Neonazigruppierung *Sturm 24* wurde von staatlicher wie von nicht-staatlicher Seite auf einen harten Kern von ca. 15 Personen geschätzt. Im Umfeld befanden sich nochmals ca. 20 Personen.¹⁰ Bereits damals galt *Sturm 24 Bautzen* in Ostsachsen als gut vernetzt. Bekannt war auch, dass die Mitglieder der Kameradschaft überregionale Kontakte unterhielten.¹¹

Der Schwerpunkt der Kameradschaft *Sturm 24* lag nach Aussage des damaligen Dezernatsleiters Staatsschutz in einer Stadtratssitzung im Oktober 2007 im Bautzner Stadtteil Gesundbrunnen.¹² Einzelne Mitglieder von *Sturm 24* bekamen im Gesundbrunnen ordnungspolitische Funktionen übertragen: Sie konnten in den Jahren 2004 und 2005 ungehindert als Security auftreten. Dies ist bis ins Jahr 2017 möglich. Sie sind als Neonazis in Bautzen bekannt, nennen sich zwar nicht mehr *Sturm 24*, nehmen aber auch über zehn Jahre später noch Sicherheitsaufgaben wahr, wie beispielsweise zum sogenannten Hexenbrennen am 30.04.2017.



Kleine Brüdergasse in Bautzen

Inwieweit die alten Kader über einen Gewerbeschein verfügen ist unklar; gesichert ist, dass sie als Security sichtbar werden.

Der Sport spielt für die neonazistische Szene in mehrfacher Hinsicht eine bedeutende Rolle. Zum einen lernen sich gleichgesinnte Menschen über den Sport kennen. Zum anderen fördert er den Zusammenhalt der Szene und bietet die Möglichkeit, junge Menschen für die neonazistische Szene zu gewinnen. Sport ermöglicht es auch, bei Sportveranstaltungen verbindende menschenfeindliche Ideologien öffentlich zu machen. Im November 2006 teilten Vertreter*innen der Jugendarbeit ihre Beobachtung mit, dass junge Neonazis sich zu einer Volleyballgruppe zusammengeschlossen haben. Einer der Organisatoren dieses Angebotes gehörte zum Umfeld von *Sturm 24 Bautzen*. Das Interesse am Sport wurde durch die Sozialarbeiter*innen nicht bezweifelt. Es wurde aber die Sorge geäußert, dass sich die Gruppe festigt und Nachwuchs rekrutiert. Oft erhalten solche Veranstaltungen Vernetzungcharakter und werden mit rechten Konzerten abgeschlossen.¹³ Eine weitere Sorge ist, dass Neonazis demokratische Sportstrukturen nutzen, um als Sportler*innen, nicht als Neonazis oder Rassist*innen, wahrgenommen zu werden und innerhalb einer Vereins- und Verbandsstruktur einen „Schutz“ erfahren.

Immer wieder waren Vereine mit sorbischen Sportler*innen den Angriffen der Neonazis ausgesetzt: Im April 2011 berichtete die Sächsische Zeitung von einem Bezirksklasse-Fußballspiel zwischen dem SV Post Germania Bautzen und der SG Nebelschütz. Mit der Bautzner Mannschaft reisten 30 bis 40 Hooligans an, die mit „Heil Hitler“- und „Scheiß Sorben“- Rufen und tätlichen Übergriffen ein Klima der Angst verbreiteten.¹⁴

Der Volleyballspieler aus dem Umfeld von *Sturm 24* ist dem Sport verbunden geblieben, auch wenn er die Sportart gewechselt hat. Er ist heute Trainer mit C-Lizenz im Boxsport.¹⁵ Laut einem Online-Bericht soll es in der Abteilung Boxen des SV Post Germania einzelne Sportler*innen geben, die der Neonazi-Szene zugeordnet werden.¹⁶ Einige von ihnen nahmen an der „4. Boxnacht“ am 18.11.2017 in Bautzen teil. Ein Sponsor für diese Veranstaltung war u.a. das Geschäft „Nordland“ in Wilthen. Dort sind Bekleidungsmarken wie Thor Steinar, Label 23 und Brachial zu erwerben, die in der rechten Szene sehr beliebt sind. Ein Stadtrat erklärte in der Stadtratssitzung am 29.11.2017, „dass Sport für ein grenzenloses Miteinander, für Fair Play und Toleranz stehe. Dazu passe der Nordland-Laden

als Sponsor nicht.¹⁷ Hiermit war aber nicht das Sponsoring für den Boxsportverein gemeint, sondern für den Verein SV Bautzen und den Fußball. Denn über den Boxsport hinaus eint sie ein großes Interesse am Fußball. Die *Supporters Bautzen* sind eine dem Hooligan-Bereich zuzuordnende rechte Fangruppierung, welche der Fanszene von Dynamo Dresden angehört. Vor dem Fußball-Spiel Deutschland gegen Ukraine am 12.06.2016 in Lille posierten ca. 30 Hooligans mit einer Reichskriegsflagge vor dem dortigen Bahnhof. Eine Person zeigte den Hitlergruß. Neben Hooligans aus Dresden, welche den Fan-Schal Dresden-Ost zeigten, waren Mitglieder der *Supporters Bautzen* zu sehen¹⁸, u.a. ein aktiver Boxer. Zur älteren Generation dieser Hooligan-Gruppe gehören auch ehemalige Mitglieder von *Sturm 24*. Mitglieder von *Sturm 24* traten in den Jahren 2005 bis 2007 aggressiv gegenüber nichtrechten Jugendlichen auf und besuchten selbstbewusst Veranstaltungen politischer Gegner*innen. Schaut man sich die Zahlen der Opferberatungsstellen der rechten Übergriffe für diesen Zeitraum an, fällt auf, dass diese von 2003, dem Beginn der Erhebung, kontinuierlich bis 2007 im Landkreis und in der Stadt Bautzen ansteigen. Im Jahr 2007 lag die Zahl bei 27, davon 13 in der Stadt Bautzen. In den Folgejahren gingen die Gewalttaten im Landkreis bis auf sechs, eine davon in Bautzen im Jahr 2011, zurück. Die Opferberatung begleitete in den Jahren 2001-2008 zahlreiche Betroffene neonazistischer und rassistischer Gewalt und stellte u.a. fest, dass einige Straftaten von Mitgliedern dieser Gruppierung bzw. aus dem Umfeld heraus begangen wurden. AMAL19 berichtete von einem Prozess vor dem Amtsgericht Bautzen am 21.02.2007: Angeklagt wurde Sandro R., der dem *Sturm 24 Bautzen* angehört haben soll. Er soll am 09.09.2006 an einem Spielplatz in der Thomas-Müntzer-Str. in Bautzen auf einen Punk eingeschlagen und diesen verletzt haben. Am Prozesstag betrat nach Aussage der Opferberatung eine Gruppe von zehn bis zwölf Neonazis, welche ebenfalls dem *Sturm 24* zugerechnet wurden, das Gerichtsgebäude. Einige von ihnen sollen gegenüber den jugendlichen Punks geäußert haben, dass sie sich als Zeugen ja nicht im Gericht blicken lassen sollten, da sie sonst „nicht mehr lebendig herauskommen“ würden. Einer der beiden Zeugen konnte erwirken, am Verhandlungstag von der Polizei zum Gericht begleitet zu werden.²⁰

Bis in das Jahr 2011 wurde *Sturm 24* als Struktur in behördlichen Kontexten noch benannt²¹, obwohl öffentliche Aktionen nicht mehr wahrnehmbar waren.²² Zunehmend traten Neonazis unter den Bezeichnungen *Freie Kräfte Bautzen* und *Nationale Sozialisten* auf. Darauf wies beispielsweise ein Mobilisierungsaufruf

der *Nationalen Sozialisten* „WERDE AKTIV. Hol Dir Deine Stadt zurück – Reih Dich ein“ aus den Jahren 2011 und 2012 hin.²³ Im Jahr 2011 machten die aktionsorientierten, parteiungebundenen Neonazis durch die sogenannte „Werde Unsterblich-Kampagne“ auf sich aufmerksam. In der Nacht vom 30.04. zum 01.05.2011 liefen 150 bis 200 Neonazis unter dem Motto „Damit die Nachwelt nicht vergisst, dass Du ein Deutscher gewesen bist“ mit weißen Masken und Fackeln durch Bautzen. Parolen wie „frei-sozial-national“ und „Dein kurzes Leben mach´ unsterblich“ waren zu hören und zu lesen.²⁴ Gleiches vollzog sich wenige Monate später in der Nacht vom 30.09. zum 01.10. in Stolpen. Dass unter den ca. 300 anwesenden Neonazis auch wieder Bautzner waren, belegten die in diesem Zusammenhang stattgefundenen Hausdurchsuchungen in Bautzen und Kamenz.²⁵

In den zwei Legislaturperioden (2004 bis 2014), in denen die *NPD* im Sächsischen Landtag vertreten war, gelang es sowohl im Landkreis Bautzen als auch in der Stadt die Strukturen dieser neonazistischen Partei zu stärken. Am 13.01.2008 fusionierten die *NPD*-Kreisverbände Kamenz und Bautzen.²⁶ Wahlerfolge für die *NPD* ließen nicht lange auf sich warten. Bei den Kommunalwahlen 2009 erzielte die *NPD* in den Kommunen Bautzen, Radeberg, Schönheichen und Hoyerswerda jeweils ein und in Kamenz zwei Mandate. In den Kreistag des Landkreises Bautzen zog sie mit fünf Männern ein. In Bautzen saß die *NPD* damit erstmals im Stadtrat. Fünf Jahre später, im Mai 2014, erzielte die *NPD* in Bautzen einen Zugewinn von zwei Prozent und konnte ein zweites Mandat gewinnen: Neben dem bisherigen *NPD*-Stadtrat Steinert schaffte es Daniela Stamm. Sechs Monate später (Ende November 2014) verließ Stamm die *NPD* und trat der Partei *Die Rechte* bei, die damit ihr erstes und einziges kommunales Mandat in Sachsen erhielt. Seit den Kommunalwahlen 2014 saß die *NPD* wiederum mit fünf Personen im Kreistag. Ein knappes Jahr später, am 31.03.2015, löste sich die Kreistagsfraktion der *NPD* auf. Die Abgeordneten Frank Lüdke, Mandy Schneider und Martin Schwarz bildeten von nun an die Fraktion *Bürgervereinigung für Meinungsfreiheit und Mitbestimmung (BMM)*. Christian Jahn und Jürgen Kötzing sitzen seitdem als fraktionslose Abgeordnete im Kreistag des Landkreises Bautzen.²⁷

Die Präsenz der *NPD* im Sächsischen Landtag und die damit einhergehende strukturelle Verankerung in den Regionen beflügelten die Aktivitäten der neonazistischen Partei und ihres Umfeldes. Zum Volkstrauertag im November 2011 trafen sich ca. 150 Neonazis u.a. *Freie Kräfte Dresden, Kameradschaft Bautzen*

und Vertreter*innen der *NPD* zum sogenannten Heldengedenken auf dem Soldatenfriedhof in Göda (nahe Bautzen). Das „Heldengedenken“ in Göda vereinte schon seit Jahren nicht nur alte und neue Nazis, sondern auch immer *Freie Kräfte* und *NPD* und reihte sich in die geschichtsrevisionsistische und NS-verherrlichende Ideologie der Neonazis ein.

Am 01.05.2012 demonstrierten auf Einladung der sächsischen *NPD* ca. 250 Neonazis unter dem Motto „Wir arbeiten-Brüssel kassiert. Raus aus dem Euro“ durch Bautzen.²⁸ Unter diesem Motto lief seit 2011 eine bundesweite *NPD*-Kampagne. Bereits im Herbst 2012 stellte die sächsische *NPD* mit ihrer rassistischen Anti-Asyl-Kampagne „Asylmissbrauch & Islamisierung stoppen - Einmal Sachsen und zurück“ die Themen Flucht und Asyl in den Mittelpunkt ihrer politischen Arbeit. Die Themen Migration und Asyl ziehen sich seitdem durch das Kundgebungs- und Demonstrationsgeschehen. Beflügelt durch die Erfolge in Schneeberg im Herbst/Winter 2013/2014, wo die *NPD* Anmelder oder Organisator der sogenannten „Lichtelläufe“ war und sich zeitweise ein großer Teil der Bürger*innenschaft den Anti-Asyl-Kundgebungen der neonazistischen Partei anschloss, setzte die örtliche *NPD/JN* das Thema auch in Bautzen: Im Jahr 2014 erlebte die Stadt nahezu monatlich, insgesamt waren es neun Veranstaltungen, eine durch die *NPD/JN* organisierte asylfeindliche, rassistische Kundgebung bzw. Demonstration.

Daniela Stamm hatte in ihrer Zeit als *NPD*-Stadträtin in Bautzen mehrere rassistische Kundgebungen gegen die Unterbringung geflüchteter Menschen angemeldet und/oder mitorganisiert. Am 15.03.2014 nahmen an einer Demonstration unter dem Motto „Bautzen wehrt sich gegen Asylmissbrauch“ 300 Neonazis teil. Als Redner traten u.a. Andreas Storr und Paul Rzehaczek auf.²⁹ Im Juni/Juli folgten fünf weitere Veranstaltungen (Demonstration, Mahnwache und Kundgebungen) mit bis zu 70 Teilnehmenden, die sich gegen die geplante Gemeinschaftsunterkunft im Spreehotel Bautzen richteten.³⁰ Am 23.08.2014³¹ und am 08.11.2014³² schaffte es die *NPD*, 550 bzw. 580 Menschen in und nach Bautzen zu mobilisieren. Die Teilnehmer*innenzahlen lagen nur knapp unter denen in Schneeberg. Auf beiden Demonstrationen sprach die *NPD*-Stadträtin Daniela Stamm. Dazwischen fanden kleinere asylfeindliche Veranstaltungen statt, die u.a. von der *JN* angemeldet wurden.³³

In dieser aufgeheizten, asylfeindlichen Stimmung, die sich neben Demonstrationen und Kundgebungen in zahlreichen Facebook-

Gruppen wie u.a. *Bautzen steht auf* und *Bautzen bewegt sich* äußerte, nahm die Zahl der Übergriffe auf geflüchtete Menschen und politische Gegner*innen im Landkreis Bautzen drastisch zu. Im Jahr 2014 zählte die Opferberatung der RAA Sachsen 15 Übergriffe im Landkreis, davon vier in Bautzen. Zwei Jahre später lag die Zahl bei 52 (38 in Bautzen). Der Landkreis wurde zu einem Schwerpunkt rechtsmotivierter und rassistischer Gewalt im Freistaat.

Den Wechsel von der *NPD* zur Partei *Die Rechte* zeigte Stamm am 05.12.2014 an. Für diesen Tag hatte sie erstmals eine Kundgebung in Bautzen als Partei *Die Rechte* angemeldet.³⁴ Am 10.01.2015 fand unter dem Motto „Damals wie heute. Wir sind das Volk“ wieder eine von der Partei *Die Rechte* angemeldete Demonstration statt. Daniela Stamm und Alexander Kurth sprachen vor ca. 450 Teilnehmenden.³⁵ Bei späteren Demonstrationen wurde das Motto aggressiver.³⁶ Insgesamt waren es vier Veranstaltungen im Jahr 2015, die der Partei *Die Rechte* unmittelbar zuzuordnen sind. Neu war, dass sich das asylfeindliche Demonstrationsgeschehen auch auf das Umland, hier insbesondere auf Haselbachtal und Großröhrsdorf, ausgeweitet hatte. In Bautzen hatte sich im Jahr 2015 ein *Pegida*-Ableger gegründet. Die vor allem in den Monaten März bis Juli stattfindenden Kundgebungen wurden auch von Neonazis besucht. Mit dem Bedeutungsverlust der *NPD* waren zahlreiche Parteiaustritte und eine Suche dieser Menschen nach einer neuen politischen Heimat verbunden. Viele dieser Veranstaltungen machten in ihren Ankündigungen und ihrer Durchführung die gute Vernetzung über Ostsachsen hinaus sichtbar.

Seit 2014 trat die militante Neonazi-Gruppierung *StreamBZ* in den sozialen Medien und im Zusammenhang mit neonazistischen Veranstaltungen in Erscheinung. *StreamBZ* bezeichnet sich als „Eine Bande: Ein Blut - Ein Wille - Eine Bewegung - Ein Ziel“. In Bautzen markieren sie Orte mit Aufklebern und Graffiti wie „Nazi Kiez“ und erklären damit die Stadt zu einer sogenannten „NS-Zone“. Damit stecken sie das Territorium ab. Sie heizen in den sozialen Medien die Stimmung gegen geflüchtete Menschen und deren Unterstützer*innen an. In den Jahren 2016 und 2017 wurden Gegendemonstrant*innen bei Aufmärschen von Neonazis und Rassist*innen fotografiert und die Bilder teilweise mit Namen ins Internet gestellt. Jugendliche Betroffene berichteten, dass Mitglieder dieser Gruppierung in der unmittelbaren Nähe von Übergriffen - oftmals aus Autos heraus - die Geschehnisse beobachteten, vielleicht steuerten oder zumindest Schutz für die ausübenden Neonazis bieten wollten.

Am 25.07.2015 fand in Großdubrau-Särchen das sogenannte 1. Ostsächsische Volksfußballfest statt. Mobilisiert u.a. über die *Jungen Nationaldemokraten* und *StreamBZ* trafen sich Neonazis aus Sachsen und Brandenburg. Neben einschlägigen Szene-T-Shirts waren auch Trikot-Oberteile zu sehen, die darauf schließen ließen, dass einige Teilnehmer*innen ihre Vereins-Fußbalsachen trugen. Die „Anti-Antifa-Kameradschaft“ *StreamBZ*³⁷ stellte zahlreiche Fotos auf ihre Facebook-Seite. Der Westlausitzer Fußballverband verurteilte das Neonaziturnier aufs Schärfste und rief alle Vereinsmitglieder dazu auf, die Werte des Sports zu achten und sich für Fairness und gegenseitigen Respekt, nicht nur in der sportlichen Gemeinschaft, einzusetzen.³⁸

Ein gutes Jahr später fand am 17.09.2016 am Quitzdorfer See ein sogenanntes Deutsches Sport- und Familienfest statt. Zur

Bewerbung unter dem Motto „Sport frei“ wurde eine online verbreitete Grafik eingesetzt, bei deren Originalvorlage es sich um ein mit mehreren Hakenkreuzen versehenes Plakat zum Deutschen Turn- und Sportfest in Breslau im Jahr 1938 handelte. Auf dem Flyer für die Veranstaltung stand das Label *StreamBZFotografie*. Nach Eigenangaben sollen 140 Personen teilgenommen haben.³⁹

Eine Schutzfunktion übten im September 2016 auch Mitglieder der *Aryan Brotherhood Eastside (ABE)* aus: Als sich Neonazis am 14. und 15.09.2016 auf dem Kornmarkt versammelten, um gegen Flüchtlinge zu hetzen, standen Mitglieder von *ABE* zeitweise direkt neben der Polizei und Neonazis, aber gegenüber von geflüchteten Menschen und deren Unterstützer*innen.⁴⁰ Die arische Bruderschaft nutzt seit 2011 in Bautzen einen Treffpunkt auf der Wilthener Straße 44.⁴¹ Der Gruppe werden behördlicherseits 15 Personen zugeordnet - u.a. Personen, die zehn Jahre zuvor zum Kern von *Sturm 24* gehörten.⁴²

Die Kontinuitäten in der neonazistischen Szene sind eng verbunden mit einem seit Jahren fehlenden kommunalen Handlungskonzept zum Umgang mit menschenfeindlichen, rassistischen Erscheinungen im Landkreis und der Stadt Bautzen. Nach neonazistischen Ausschreitungen und rassistischen Gewalttaten im Herbst 2016 erhielt die Szene eine Aufwertung und Akzeptanz durch persönliche Gespräche mit dem Bautzner Oberbürgermeister und dem Landrat des Landkreises Bautzen. Die Initiativen der Stadt Bautzen und des Landkreises, die sich seit Jahren für geflüchtete Menschen und ein friedliches Miteinander engagieren, hätten sich so viel Aufmerksamkeit und eine Wertschätzung ihres Engagements auch als ein deutliches Zeichen gegen Rassismus, Neonazismus und Menschenfeindlichkeit gewünscht. Die Einladung an Kader der neonazistischen Szene durch politische Verantwortliche wurde vielfach als Tabubruch beschrieben. In einem offenen Brief heißt es: „Diejenigen, die also mitverantwortlich sind, Menschen durch Bautzen zu jagen, werden mit diesem Gespräch in den gesellschaftlichen Diskurs eingebunden und ihre Tat dadurch im Ergebnis relativiert.“⁴³ Einen vorläufigen Höhepunkt erreichte dieses Vorgehen im Juli 2017 mit dem Gespräch zwischen dem Vize-Landrat Udo Witschas und dem ehemaligen NPD-Kreisvorsitzenden Marco Wruck.

~

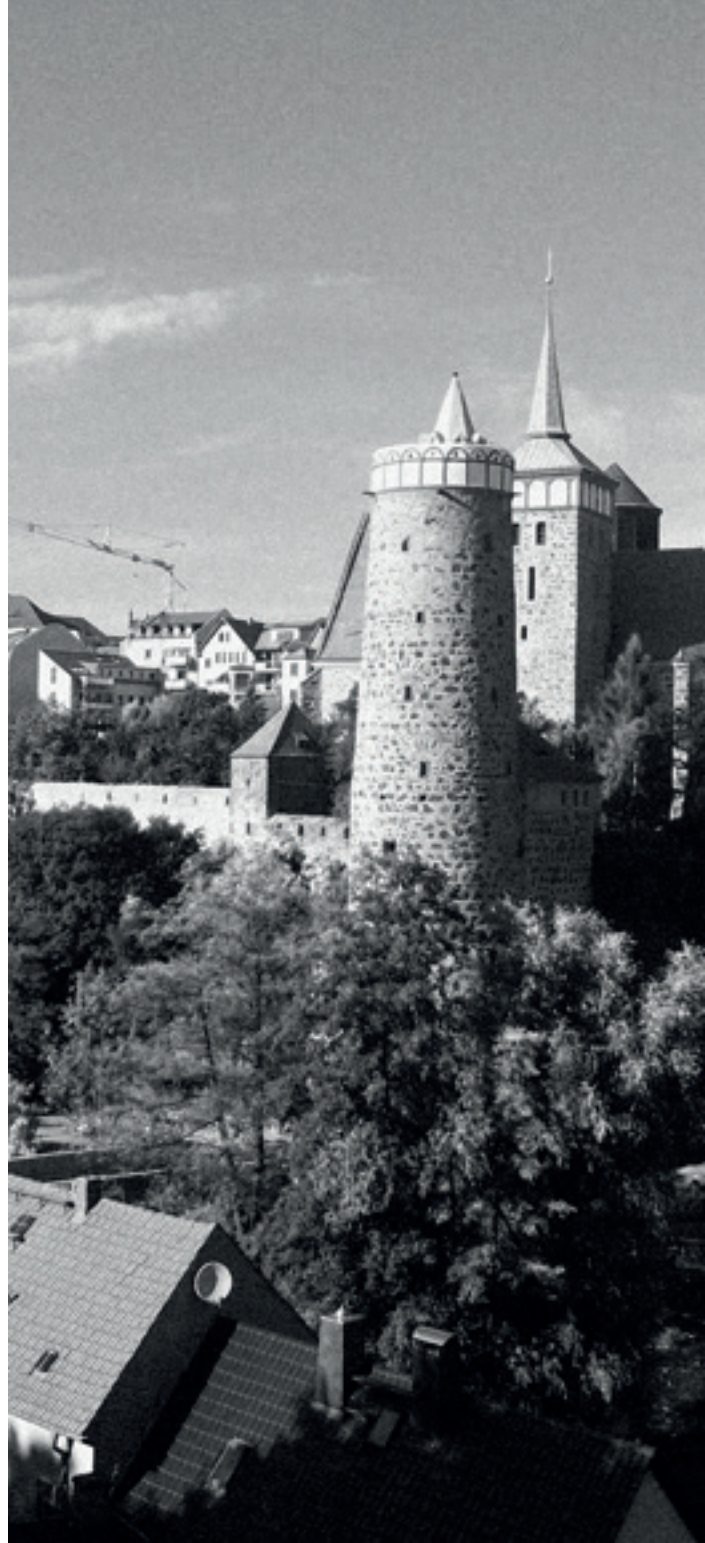


Blick auf die Altstadt in Bautzen

RESÜMEE:

Bautzen und Umland verfügt seit über 15 Jahren über aktive und vernetzte Neonazi-Strukturen. Die Namen der Gruppierungen haben sich mehrfach geändert, ein Großteil der Personen ist über diesen Zeitraum in Bautzen wohnen und sich, der Szene und einem Auftrag treu geblieben. So gibt es neben der Kontinuität von Personen und neonazistischer Gruppen die Kontinuität ihrer Aktivitäten. Zum Beispiel das sogenannte Heldengedenken in Göda, Kundgebungen und Demonstrationen, das Unterbreiten (subkultureller) und identitätsstiftender Angebote wie Kleidung und Musik sowie die Straf- und Gewalttaten gegenüber nicht-rechten Jugendlichen und Flüchtlingsunterstützer*innen, die ihrer Ideologie und dem Hegemoniestreben entgegenstehen. Deutlich wird auch, wie stark neonazistische Akteure mit dem Sport und im Sport verbunden sind. Nachwuchsgewinnung bzw. Vernetzung finden weniger an geheimen Orten statt, sondern mehr oder weniger in Sportstätten oder Sportvereinen.

All dies erscheint widersprüchlich zu der Tatsache, dass es in Bautzen eine starke Zivilgesellschaft, eine große Zahl von Bündnissen und Bürger*innen gibt, die sich für Demokratie und Flüchtlinge einsetzen.



Blick auf die Altstadt in Bautzen

- | | |
|---|---|
| 1 Drucksache 4/3134 vom 05.11.2005 | 22 Sächsische Zeitung vom 13.05.2011 |
| 2 Zu Redaktionsschluss war StreamBZ wenig öffentlich wahrnehmbar. Die Namen der Facebook-Seiten waren mehrfach geändert worden. | 23 Drucksache 5/10984 vom 12.02.2013 |
| 3 Drucksache 4/5136 vom 30.05.2006 | 24 Drucksache 5/5710 vom 24.05.2011 |
| 4 §140 StGB: Billigung von Straftaten | 25 Drucksache 5/7102 vom 25.10.2011 und Sächsische Zeitung vom 14.01.2012 |
| 5 Drucksache 4/10821 vom 13.02.2008 | 26 www.sz-online.de/nachrichten/keine-npd-mehr-im-kreistag-bautzen-3570450.html |
| 6 Sächsische Zeitung vom 10.12.2007 | 27 www.sz-online.de/nachrichten/keine-npd-mehr-im-kreistag-bautzen-3570450.html |
| 7 01.05.2006: Drucksache 4/5467 vom 30.06.2006; 17.11.2006: Drucksache 4/7135 vom 10.01.2007 und 19.05.2007: Drucksache 4/9427 vom 13.09.2007 | 28 Drucksache 5/10980 vom 15.02.2013 |
| 8 Drucksache 4/7416 vom 22.01.2007 | 29 Drucksache 5/14156 vom 28.04.2014 |
| 9 Drucksache 4/10484 vom 20.12.2007; Drucksache 4/3931 vom 02.02.2006; Drucksache 4/4934 vom 05.05.2006 und Drucksache 4/7656 vom 24.02.2007 | 30 Drucksache 5/14749 vom 23.07.2014, Drucksache 5/14749 vom 23.07.2014 und Drucksache 5/14971 vom 26.08.2014 |
| 10 Drucksache 4/10483 vom 20.12.2007 | 31 Drucksache 5/15004 vom 25.09.2014 |
| 11 Drucksache 4/10484 vom 20.12.2007 | 32 Drucksache 6/402 vom 22.12.2014 |
| 12 Sächsische Zeitung vom 25.10.2007 | 33 Drucksache 6/38 vom 29.10.2014 |
| 13 Drucksache 4/4934 vom 05.05.2006 | 34 Drucksache 6/583 vom 29.01.2015 |
| 14 Sächsische Zeitung vom 11.04.2011 | 35 Drucksache 6/841 vom 25.02.2015 |
| 15 Eigene Aufzeichnungen | 36 Drucksache 6/1319 vom 29.04.2015 |
| 16 Siehe Antifa-Recherche-Team Dresden unter www.naziwatthdd.noblogs.org/post/author/naziwatthdd/ | 37 Die Zeit vom 20.09.2016 |
| 17 Sächsische Zeitung vom 02.12.2017 | 38 Anpfiff: Das Magazin – Monat Oktober 2015, S.3 |
| 18 Sächsische Zeitung vom 13.06.2016 | 39 Drucksache 6/6523 vom 13.10.2016 |
| 19 bis 2005 Opferberatungsstelle in Görlitz | 40 Vgl. Online: https://www.mdr.de/sachsen/bautzen/auseinandersetzung-bautzen-104.html , gefunden am 10.01.2018 |
| 20 Mail vom 29.06.2007 | 41 Sächsische Zeitung vom 08.06.2016 |
| 21 Drucksache 5/7856 vom 20.02.2012 | 42 Drucksache 6/6629 vom 26.10.2016 |
| | 43 www.eastsidene.ws.de/2016/11/02/offener-brief-an-den-buergermeister-von-bautzen-alexander-ahrens/ |

- 2 -

DIE UNANSTÄNDIGE GESELLSCHAFT

KONTINUITÄTEN DES WEGSCHAUENS BEI RECHTER GEWALT AM BEISPIEL POLENZ

Auf dem Dorffest in Polenz, der jährlichen Sonnenwendfeier in der Sächsischen Schweiz, werden drei Festbesucher am 18.06.2016 Opfer schwerer rassistischer Straftaten. Der erste Angriff der Tätergruppe gilt zwei Bulgaren. Sie sind Montagearbeiter und wohnen in der Nähe des Festgeländes. Sebastian K., Sebastian S. und Maik R. beleidigen die beiden Festbesucher auf rassistische Weise. Anschließend schlägt Sebastian K. einen der bulgarischen Staatsbürger nieder. Kurze Zeit später versucht Sebastian K. den anderen bulgarischen Staatsbürger umzubringen, indem er ihm mit einem schweren Bierkrug immer wieder auf den Schädel schlägt. Sebastian K. schlägt auch auf den mit offenem, stark blutendem Schädel am Boden liegenden, bereits ohnmächtigen Mann ein. Die Polizei und Rettungskräfte werden alarmiert und treffen auf dem Festgelände ein. In Anwesenheit der Beamten rufen Sebastian K. und Maik R. „Sieg Heil“ und zeigen den Hitlergruß. Der Verletzte wird versorgt und ins Krankenhaus gebracht. Vor Gericht berichten Zeugen später, dass die Polizisten zu Festbesucher*innen sagen, dass sie einfach noch einmal anrufen sollen, „wenn es schlimmer wird.“

Nachdem die Polizei das Festgelände wieder verlassen hat, greifen Sebastian S., Sebastian K. und Maik R. Herrn P. an. Herr P. ist Deutscher und vor einigen Jahren aus dem deutschsprachigen Teil Rumäniens in die Region gezogen. Er wird in der Gegend „der Rumäne“ genannt. Sebastian S. ruft laut Zeugenaussagen: „Wenn Merkel die reinholt, dann müssen wir sie halt wieder rausprügeln.“ Sebastian K. behauptet, dass Herr P. ihn mit einem Messer verletzt habe. Er beleidigt Herrn P. rassistisch. Sebastian S. und Maik R. unterstützen Sebastian K., der Herrn P. mit Schlägen ins Gesicht und Tritten zu Boden prügelt. Herr P. versucht sich in zusammengekrümmter Haltung zu schützen.

Sebastian K. schreit, während er sein Opfer durch Schläge und Tritte ins Gesicht zurichtet, für alle hörbar: „Ich bring Dich um!“ und „Du Ausländerschwein!“ Daraufhin mischen sich Festbesucher*innen ein und fordern die Täter auf, vom Opfer abzulassen, da es sich nicht gehört, einen am Boden Liegenden zu schlagen. Daraufhin hebt Sebastian S. den am Boden liegenden Herrn P. auf und hält ihn aufrecht. Sebastian S. ruft denen, die Einhaltung der Schläge gefordert hatten, zu, dass Herr P. nun nicht mehr am Boden liegt. Er hält Herrn P. so, dass Sebastian K. weiter auf Herrn P. einschlagen kann. Auf eine nochmalige direkte Ansprache hin wird Sebastian S. Sebastian K. an weiteren Schlägen hindern. Nachdem erneut die Polizei eintrifft, wird Sebastian K. in Gewahrsam genommen.

Das Fest dauert bis in die frühen Morgenstunden an.

Das Dresdner Landgericht wertete den Angriff auf einen der Bulgaren später als versuchten Mord. Zwischen dem 20.04. und 01.09.2017 wurde den Tätern der Prozess gemacht. Der junge Mann, der den versuchten Mord überlebt hat, ist lebenslang gesundheitlich eingeschränkt. Er erlitt sehr schwere Verletzungen, in deren Folge er inzwischen einen Herzinfarkt hatte und bleibende Nervenschädigungen ihn für immer als Person verändert haben. Diese und andere schwere Straftaten wurden am 18.06.2016 in Polenz möglich, weil die örtlichen Polizisten nicht angemessen handelten und der überwiegende Teil der Festgesellschaft feige wegsah.

Wer sind die „unanständigen Menschen“, denen der Vorsitzende Richter der Schwurgerichtskammer des Dresdner Landgerichts Herbert Pröls in seiner Urteilsbegründung „die Beschädigung der Grundsäulen menschlichen Zusammenlebens“ zur Last legt? Da sind zuerst die Täter: Sebastian K. (33) aus Bad Schandau, Sebastian S. (24) und Maik R. (39) aus Neustadt/Sa. Das Gericht verurteilt sie zum Teil zu hohen Haftstrafen: Sebastian K. zu

9 Jahren und 10 Monaten Haft, Sebastian S. zu 2 Jahren und 6 Monaten Haft, Maik R. zu einer zehnmonatigen Haft, die zur Bewährung ausgesetzt wird.

Zu der durch den Richter als „unanständige Gesellschaft“ bezeichneten Gruppe zählen auch einzelne Polizisten, die im Laufe des Verfahrens vor dem Landgericht ein erschreckendes Bild abgeben. Sie hatten das Trio bei einer Verkehrskontrolle vor dem Fest gestoppt und als stark alkoholisiert eingeschätzt. Den ohne gültige Fahrerlaubnis festgestellten Fahrer verbrachten die Polizisten zur Blutalkoholmessung. Sie stellten außerdem fest, dass das Fahrzeug mit gefälschten Kennzeichen versehen war. Ob sie den Fahrzeugschlüssel eingezogen hatten, daran konnten sich die Polizisten bei ihrer Vernehmung vor Gericht nicht erinnern. Sie legten das Fahrzeug nicht still. So wird es den Tätern möglich, mit genau diesem Auto später zum Festgelände weiter zu fahren. Während der Verkehrskontrolle ruft Sebastian K. wiederholt „Sieg Heil“ und zeigt den Hitlergruß. Auch hier handeln die Polizisten nicht. Sie kennen die drei: Sebastian S., dessen Spitzname „Obelix“ ist, und den Fahrer R., der als „Fußball Maik“ bekannt ist. Letzteren kennen sie auch als Wiederholungstäter. Die Polizisten bezeugen vor Gericht, dass ihnen die Sonnenwendfeier als Ziel der drei bekannt war und auch die Absicht des Trios, dort „Stimmung“ zu machen. Trotzdem sahen sie keine Veranlassung, die späteren Gewalttäter zu stoppen oder aus dem Verkehr zu ziehen.

Es gibt noch weitere Menschen, die zu jenen zählen, die der engagierte Richter Pröls in dem von ihm geführten Prozess zu den unanständigen Menschen gezählt haben mag. Gemeinsam mit circa zehn bis 20 Kameraden sind die Gebrüder G. als Festbesucher vor Ort. Sie zeigen den Hitlergruß und schreien immer wieder „Sieg Heil“. Einigen, der später vor Gericht vernommenen Zeug*innen, sind die Gebrüder G. als organisierte Neonazis in der Region bekannt. Die Sonnenwendfeier im Polenztal ist gut besucht. Die Festbesucher*innen kommen aus der weiteren Umgebung des Festgeländes sowie aus Neustadt/Sa. und dem angegliederten Ortsteil Langburkersdorf. Es finden auch Gäste von weiter weg, etwa aus Radebeul, Dresden, Heidenau und Pirna, in das Polenztal in der Sächsischen Schweiz. Es gibt ein Festzelt, es gibt Ausschank und Musik, auch ein Konzert des Schalmeienorchesters Polenz.

~

Die Sonnenwendfeiern und die damit verbundenen weit sichtbaren und großen Lagerfeuer wurden in Deutschland in den 20er Jahren des 20. Jahrhunderts von Jugendbewegten entdeckt. Im nationalsozialistischen Deutschland wurde die Sonnenwendfeier am 23.06. jeden Jahres institutionalisiert.

„Der Ablauf einer solchen Feier war weitgehend standardisiert. Sie begann mit einem Fanfarenruf, der feierlichen Entzündung des Feuers gefolgt von Ansprachen, Weihesprüchen und Liedern. Den Höhepunkt bildete das Totengedenken, begleitet vom Einwerfen von Kränzen in das Feuer. Die Feier endete mit einem „Sieg Heil“ für den Führer und dem Absingen von Nationalhymne und „Horst Wessel-Lied“. Die Propagandaleitung der NSDAP verfasste für die Feiern Musterablaufpläne, in denen sogar die Texte der Ansprachen vorgegeben waren.“⁴¹

Selbst das Organisationsteam der Sonnenwendfeier zählt zu den unanständigen Menschen. Vor Gericht wird klar, dass sie die Gefährlichkeit der Jagd auf einige Festbesucher erkannt hatten, sie hatten Kenntnis von den Angriffen und den schweren Verletzungen, sie wussten um die Hitlergrüße und die „Sieg Heil“-Rufe. Sie wussten diese auch Rechtsradikalen zuzuordnen. Vor Gericht geben sie an, dass es manchmal besser sei, wenn man nichts weiß. Ihre Sorge gilt dem Ablauf, dem Ausschank, dem Feuer und den Frauen, für die es gefährlich sei, wenn die Leute alkoholisiert sind. Das Organisationsteam wird trotz des versuchten Mordes und des mehrfachen Eintreffens von Rettungswagen und Polizei das Fest nicht vorzeitig beenden, da sie in Sorge sind, dass es sonst zu weiteren Eskalationen kommt. Bis früh 3.00 Uhr wird munter weitergefeiert.

Auch ein Bundeswehrsoldat verhält sich wenig anständig. Er sagt aus, dass ihn Menschen nicht so sehr interessieren und er sich keine Gedanken über schwere Straftaten machte. Die „rechten Banden“ in der Region kenne er gut. Er schreitet nicht ein, als er eine Gruppe am Feuer sieht, die „Sieg Heil“ ruft und den Hitlergruß zeigt. Er kennt dort im Dorf alle, sagt er aus, und hat jede Menge Bekannte und Freunde getroffen. Er erinnert sich jedoch an keine konkreten Personen. Seine Aussagen vor Gericht sind für die Staatsanwaltschaft nicht glaubwürdig.

Sind auch die Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr in dem Ort ein Teil der unanständigen Menschen? Sie bewachen das Feuer. Erst als eines der Kinder zu seiner Mutter rennt, wird Hilfe geholt. Die herbeigeholte Mutter Ines R. schildert vor Gericht,

wie ihre neunjährige Tochter in Panik zu ihr vom Feuer gerannt kam: „Mama, Mama, da wird gerade jemand totgeschlagen.“ Sie folgt ihrer Tochter unverzüglich und setzt einen Notruf ab. Vor Ort übernimmt sie die Erstversorgung der stark traumatisierten Kinder. Sie berichtet dem Gericht auch, dass ihre Tochter immer noch in Traumabehandlung ist. Ihre Tochter und weitere Kinder hatten unmittelbar am Tatort miterlebt, wie Sebastian K., geschützt von seinen Kameraden und von den feige umstehenden erwachsenen Feuerwehrmännern, immer wieder mit dem Glasbierkrug auf den Kopf seines Opfers einschlug, bis dessen Schädel sich spaltete und eine Blutlache auf die Festwiese ergoss. Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr schreiten nicht ein, als der rassistische Mob nach den Angriffen weiterfeiert. Auch Kamerad H. nicht, obwohl seine 15jährige Tochter, die auf ein kleines Mädchen aufpassen soll, laut dem Protokoll der Polizei keinen Meter weit entfernt vom Feuer unmittelbare Zeugin der Bluttat wird. Der Kamerad H. stellt die Feier und das bequeme Wegsehen allem voran. Selbst die unmittelbare Gefahr für seine Tochter und das sie begleitende Kleinkind bewegt ihn nicht zu einer klaren Parteinahme und Schutzhandlung. Er schildert vor Gericht, wie sehr die Ereignisse Thema der Wehr sind. Er berichtet, dass viele der Kameraden Angst haben, da ihre Adressen vor Gericht laut verlesen werden und die Täter doch gut vernetzt seien. Die Vernetzung des in der Sache verurteilten Sebastian S. in den sozialen Medien ist bemerkenswert. Seine Kontakte in der Region sind dicht und reichen auch über die Region hinaus. Mit Fans von Dynamo Dresden und deren Hooligans, mit vielen „ganz normalen Menschen“, wie Schraubern und Leuten aus den Berufsschulzentren der Region, mit Gerüstbauern, Bäckern, Paketzustellern, Sicherheitsgewerblern oder Tattoo-Freaks. Über die sozialen Medien ist er zudem vernetzt mit Rechtsrock-Fans, die sich mit Videos der „Lunikoff Verschwörung“⁴² auf ihren sozialen Kanälen brüsten oder bundesweit bekannten Neonazis aus der Region. Der Hauptorganisator und Kamerad der Freiwilligen Feuerwehr Herr W., so wird ein anderer Feuerwehr-Kamerad vor Gericht bezeugen, setzt seine Kameraden unter Druck. Es wäre besser, dass sie sich an einige Dinge nicht mehr erinnern, heißt es vor Gericht.

Das Schalmeyenorchester unterbricht sein Konzert nicht, als ihre Aufführung von Hitlergrüßen und „Sieg Heil“-Rufen begleitet wird. Sie spielen unbeirrt weiter. Nach dem Konzert stellt sich lediglich ein schlechtes Gefühl ein. Fühlt man sich unanständig? Das Interesse gilt dem Fest und dem Grill und dem Ausschank und überhaupt, dass der Hitlergruß strafbar ist, sei damals nicht

bekannt gewesen. Herr K., ein Mitglied des Schalmeyenorchesters, gibt vor Gericht als Erstes an, dass es wegen des hohen Organisationsaufwandes im Jahr 2017 kein Sonnenwendfest geben wird. Die Frage, ob das im Zusammenhang mit den Ereignissen im Jahr 2016 steht, verneint er. Er hätte bezüglich des Angriffs auf die beiden Bulgaren nichts gesehen und auch nichts mitbekommen, sagt er vor Gericht. Die Jagd auf das spätere Opfer wäre ihm gefährlich vorgekommen, aber unternommen habe er nichts. Herr K. ist vielmehr auch vor Gericht in Sorge, dass es andere als seine Aussage geben könnte und schließlich hätten Aussagen Konsequenzen. Richter Pröls erkundigt sich, ob und was über den Übergriff im Ort gesprochen wurde. Herr K. sagt aus, dass kaum im Ort über den Vorfall gesprochen wurde. Er hätte nur gehört, dass Einem ein Bierglas über den Kopf gezogen worden ist und das Opfer ein „Ausländer“, später „Rumäne“, war. **Mitschrift im Prozess 26.04.2017, 2. Verhandlungstag**



Kirchturm in Neustadt in Sachsen (Polenz ist ein Ortsteil der Gemeinde)

Zeuge: Hr. K., 50 J., Mitglied des Organisationsteams, der Freiwilligen Feuerwehr und des Schalmeiorchesters
Richter: Richter Pröls, Vorsitzender der Schwurgerichtskammer

Richter erkundigt sich, ob und was über den Übergriff im Ort gesprochen wurde. Zeuge sagt aus, dass kaum im Ort über den Vorfall gesprochen wurde. Er hätte nur gehört, dass Einem ein Bierglas über den Kopf gezogen worden ist und das Opfer ein Ausländer, später Rumäne, war.

Richter: Nachdem Sie wussten, dass es sich bei dem Betroffenen um einen Ausländer handele, war die Tat für Sie damit gerechtfertigt?

Zeuge: Nein!

Richter: Haben Sie sich gefragt oder mit anderen darüber ausgetauscht, wie das passieren konnte?

Zeuge: Nein.

Richter: Ich denke, Sie gehören zum Organisationsteam? Und da fragen Sie sich nicht oder reden darüber, wie so etwas Schlimmes auf Ihrem Fest passieren konnte? Das glaube ich Ihnen nicht.

Zeuge gibt zu, dass er Angst hat.

Richter fragt: Vor was?

Zeuge: Vor Gewalt? Opfer von einem ähnlichen Angriff zu werden. Es gibt ja noch mehr von dieser Gruppierung.

Richter: Haben Sie damit Erfahrungen? Wurden Sie bedroht? Was für eine Gruppierung?

Zeuge: Rechtsradikale.

Richter: Was oder wen meinen Sie damit?

Zeuge: Weiß ich nicht. Ich mache da keine Unterscheidung. Ich bin nicht politisch. Für mich sind das alles Rechtsradikale.

Richter warnt den Zeugen erneut: Gerade sollten Sie vor etwas anderem Angst haben. Sie gehen anscheinend davon aus, dass meine Geduld grenzenlos ist.

Richter: Wie kommt es, dass Sie nichts wissen?

Zeuge: Verdrängung. Manchmal ist es besser, wenn man nichts mehr weiß.

Die wenigen freiwilligen und ehrlichen Aussagen im Gerichtsprozess verstärken das Bild der Unanständigkeit, die der verhandelnde Richter im Urteil bescheinigt. Einer der Angegriffenen, der sogenannte Rumäne, wurde bereits bei früheren Festen rassistisch beleidigt und tätlich angegriffen. Er war aus dem deutschspra-

chigen Raum Rumäniens in die Sächsische Schweiz zugezogen. Geholfen hatte ihm auch bei früheren Beleidigungen und Bedrohungen nie jemand. Er blieb trotz deutschem Pass und akzentfreiem Deutsch: „der Ausländer“.

Die Freiwillige Feuerwehr vor Ort, das Schalmeiorchester, das Organisationsteam des Festes- kurzum: die Zivilgesellschaft- kümmert sich an diesem Abend im Juni 2016 um ihre Sonnenwendfeier und lässt sich von Hitlergruß, „Sieg Heil“-Rufen, dem Marodieren von rechtsradikalen Banden, den Schlägen und Angriffen der Neonazis auf andere Festbesucher*innen und dem allgemeinen rassistischen Mob nicht stören.

Kirche, Sportgemeinschaften, ortsansässige Politiker*innen, Parteien, Schulen, pädagogische Einrichtungen, die Gewerbetreibenden und Landwirtschaftsbetriebe verhalten sich nicht. Alle bleiben stumm ob der rassistischen Gewalttaten, die vor ihren Augen abliefen. Es gibt keinen Runden Tisch gegen Gewalt, niemand ruft nach Veränderung oder stellt im Ort ein Konzept auf, um die seit Jahrzehnten gut vernetzten rechtsradikalen Gruppierungen zur Strecke zu bringen.

Darf eine Dorfgemeinschaft, eine Stadt mit ihren ländlichen Ortsteilen einfach so weitermachen? Ist hier Hopfen und Malz verloren? Gibt es überhaupt den Wunsch nach Veränderung?

Polenz liegt in der Sächsischen Schweiz und ist Ortsteil der Gemeinde Neustadt/Sa. Seit den 1990er Jahren ist diese Region ununterbrochen eine besondere Hochburg des organisierten Neonazismus in der Bundesrepublik. Dies macht sich an den außergewöhnlich hohen Zahlen von rechtsmotivierten Übergriffen, dem Vorhandensein rechtsterroristischer oder krimineller Vereinigungen im rechten Spektrum sowie einem hohen Organisationsgrad rechter Parteien und Gruppierungen, wie z.B. der *NPD*, fest. In der Gemeinde erhielt die *NPD* bei den verschiedenen Wahlen in den Jahren 2004 und 2009 Ergebnisse, die deutlich über dem Landesdurchschnitt in Sachsen lagen. Bei den Bundestagswahlen im Jahr 2017 wurde die *AfD* mit 34,1 % der abgegebenen Stimmen die mit Abstand stärkste politische Kraft. Obwohl die Dichte zivilgesellschaftlicher Vereine und Initiativen in der Region der Sächsischen Schweiz in den letzten 15 Jahren gestiegen ist, findet sich in vielen Gemeinden der Region nach wie vor eine deutliche Präsenz neonazistischer Strukturen. Das Beispiel Polenz zeigt, welche Folgen diese permanente Präsenz neonazistischer Aktivitäten jederzeit haben kann. Situationen

wie an diesem Abend in Polenz sind an vielen Orten in Sachsen wiederholbar. Auch im Jahr 2017 können nicht alle Menschen, unabhängig ihres Aussehens oder ihrer Herkunft, unversehrt an jedem Ort in Sachsen am gesellschaftlichen Leben teilnehmen. Unwidersprochen können Neonazis auf einem Dorffest marodieren, den Nationalsozialismus mit ihren Parolen verherrlichen und Menschen bedrohen oder gewaltsam angreifen. Das alles passiert vor den Augen dutzender Festbesucher*innen, ohne dass jemand eingreift. Unständig, urteilte der Richter, so wä-

ren die, die mit ihren Lügen und Verdrängungen nicht nur die Taten zuließen, sondern damit Grundfesten menschlichen Zusammenlebens beschädigt haben. Eines der Opfer wird den Rest seines Lebens an den schweren Folgen des rassistischen Überfalls leiden. Dass bei dem Vorfall kein Todesopfer rechter Gewalt zu beklagen ist, ist nur dem Zufall geschuldet.

So wird aus vielen unständigen Menschen eine unständige Gesellschaft.



Kanone auf der Festung Königstein in der Sächsischen Schweiz

1 | Dr. Christian George, LHA Koblenz: Bildungsserver Rheinland Pfalz, gefunden und gesehen: www.geschichte.bildung-rp.de/entwicklung/archivpaedagogik/archivalien/sonnenwendfeier-im-drittenreich.html am 06.12.2017

2 | Die „Lunikoff Verschwörung“ ist ein Musikprojekt des Neonazis Michael Regener aus Berlin. Er war Sänger der Neonazi-Band „Landser“, die 2003 als kriminelle Vereinigung verurteilt wurde.

- 3 -

VON DER HAUPTSTADT DER BEWEGUNG ZUR HAUPTSTADT DES WIDERSTANDES

KONTINUITÄTEN EXTREM RECHTER ORGANISIERUNGEN IN DRESDEN

Im Zeitraum der Veröffentlichung der vorliegenden Publikation werden die Urteile im Prozess gegen die Mitglieder der *Freien Kameradschaft Dresden (FKD)* wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung vor dem Dresdner Landgericht erwartet. Die *FKD* steht geradezu als Synonym für den gewaltförmigen Neonazismus in der sächsischen Landeshauptstadt in den letzten beiden Jahren. Ihren Mitstreiter*innen werden zahlreiche schwere Gewaltstraftaten gegen Asylsuchende, als Ausländer wahrgenommene Menschen und politische Gegner*innen vorgeworfen. Laut den Aussagen ihrer Mitglieder vor Gericht war die *FKD* angetreten, um nach dem Vorbild der *Freien Kräfte Dresden* als eigene Gruppe zu agieren und die Forderungen von *Pegida* in Taten zu übersetzen. Als *Freie Kräfte Dresden* wurden Neonazis bezeichnet, die zwischen der Jahrtausendwende und 2014 als lose, parteiunabhängige Gruppierung mit Demonstrationen, Aktionen und Gewalttaten in der sächsischen Landeshauptstadt in Erscheinung getreten waren. Langjährige Führungskader der *Freien Kräfte Dresden* waren u.a. Ronny Thomas und Maik Müller. Der Grundstein für die *FKD* soll am 24.07.2015 gelegt worden sein. Im Anschluss an eine von der *NPD* angemeldeten Kundgebung gegen eine Asylunterkunft in der Bremer Straße kam es zu Angriffen gegen linke Gegendemonstrant*innen und die Polizei. Eine Gruppe von circa 20 Personen, die seit längerer Zeit regelmäßig gemeinsam an den *Pegida*-Demonstrationen teilnahm, traf sich in einer Sportsbar im Dresdner Osten, um die Gruppe ins Leben zu rufen. Mit dabei war laut Aussagen der Angeklagten im *FKD*-Prozess Rene Despang, ein Urgestein der Dresdner Neonazi-Szene. Despang war seit Beginn der 1990er Jahre in der regionalen Neonazi-Szene aktiv. Er agierte im engeren Umfeld der späteren *Freien Kräfte Dresden*, engagierte sich beim Nationalen Bündnis Dresden und trat in die *NPD* ein, für

die er als Nachrücker drei Jahre als Abgeordneter im Sächsischen Landtag saß. Bei der Gründung und in der Anfangsphase der *FKD* soll er laut den Aussagen vor dem Landgericht wichtige Hinweise zu Aufbau und Organisation einer politischen Gruppe gegeben haben. Ein besonders enges Verhältnis habe zwischen Despang und dem mutmaßlichen Rädelsführer der *FKD*, Benjamin Z., bestanden.

Die *FKD* startete, trotz der politischen Unerfahrenheit ihrer Mitglieder, nicht im luftleeren Raum, sondern konnte auf Erfahrungen und Kontinuitäten in der Dresdner Neonazi-Szene zurückgreifen. Die Mitglieder und das Umfeld der *FKD* sorgten über Monate hinweg für ein hoch-aggressives und gewalttätiges Klima in Dresden, nahmen darüber hinaus an den rassistischen Krawallen in Heidenau und an dem Angriff auf Geschäfte, Bistros und Kneipen im links-alternativen Leipziger Stadtviertel Connewitz teil. Ein enger Austausch und eine kontinuierliche Zusammenarbeit fanden dabei mit der wegen Bildung einer rechtsterroristischen Vereinigung angeklagten „Gruppe Freital“ statt. Auch deren Mitglieder stammen zum Teil aus Dresden.

Rassistische und andere rechtsmotivierte Gewalt sind keine Seltenheit in Dresden. Zu Beginn der 1990er Jahre versuchten organisierte Neonazis links-alternative Wohn- und Kulturprojekte anzugreifen. Bei einem rechten Brandanschlag wurde Silvester 1990 ein linker Szenetreff in der Dresdner Neustadt vollständig zerstört. Immer wieder kam es zu Überfällen auf Menschen aus rassistischen Motiven. Unter der Führerschaft von Rainer Sonntag, dem damaligen Vorsitzenden der *Deutschen Alternative* in Dresden und Gründer des *Nationalen Widerstand Dresden* kam es zu massiven Angriffen auf sogenannte „Hütchenspieler“ u.a. auf der Prager Straße in Dresden. Auf Unterkünfte von ehemaligen Vertragsarbeiter*innen flogen auch in Dresden zwischen 1990 und 1992 mehrfach Brandsätze. Im November 1990 scheiterte eine versuchte Hausbesetzung durch Neonazis in Dres-

den. Im April 1991 wurde Jorge Gomondai das erste Todesopfer rassistischer Gewalt nach der Wiedervereinigung in Dresden. Dutzende rechtsmotivierte Überfälle folgten. Immer öfter waren Personen aus dem Hooligan-Spektrum der Anhängerschaft des Fußballvereins Dynamo Dresden an rechten Angriffen beteiligt. Einen der traurigen Höhepunkte bildete der Überfall von circa 30 verummten, bewaffneten rechten Hooligans, die im Juni 2008 nach dem EM-Halbfinale der deutschen Mannschaft gegen die Türkei in der Dresdner Neustadt Geschäfte und Menschen angriffen. Die Beratungsstellen für Betroffene rechter Gewalt der RAA Sachsen e.V. bezeichnen die sächsische Landeshauptstadt seit Jahren als eine Schwerpunktregion rechtsmotivierter Gewalt gegen andere Menschen.

Hans-Holger Malcomeß ist kein klassischer Neonazi. Geboren 1973 in Chemnitz und aufgewachsen in Dresden präsentiert er seinen tabellarischen Lebenslauf stolz im Internet. Schließlich arbeitete er projektbezogen im Dresdner Literaturbüro und kann auf sehr gute Noten bei allen seinen Bildungsabschlüssen zurückblicken. In den 1990er Jahren war er kurzzeitig Mitarbeiter der FDP/DSU-Fraktion im Dresdner Stadtrat. Der *Deutschen Sozialen Union (DSU)* gehörte er lange Zeit als Mitglied an. Über viele Jahre arbeitete er während seines Studiums als studentische Hilfskraft an der TU Dresden. Später dann freiberuflich oder fest angestellt für verschiedene kleinere Magazine und Verlage sowie in der Tourismusbranche. In den letzten zehn Jahren waren dann die Geschäftsführung der BESSERGOLD GmbH, einem Online-Handelsportal für Edelmetalle, und die Geschäftsführung einer Investment GmbH seine hauptsächlichen Betätigungsfelder. Dass Hans-Holger Malcomeß aus Dresden heute als Bundesgeschäftsführer der *AfD* eine Mitverantwortlichkeit für den Erfolg dieser Partei trägt, lässt sich aus jenem Teil seiner Biographie ablesen, die er nicht online stellt. Sein Lebensweg steht exemplarisch für das, was Dresden mit *Pegida* ab 2014 hervorgebracht hat.

Als Jugendlicher war Malcomeß auf Veranstaltungen der *Wiking Jugend (WJ)* u.a. als Redner aktiv. Es ist eben jene *WJ*, die 1994 durch den Bundesminister des Innern verboten wurde. Der Verbotgrund waren die starke Nähe, inhaltliche, strukturelle Anknüpfung an die Hitler-Jugend und deren Ziele sowie der paramilitärische Charakter der *WJ*. Noch zwei Jahre nach dem Verbot soll Malcomeß laut Medienrecherchen mit Neonazis aus dem Umfeld der *WJ* verkehrt haben. Zu diesem Zeitpunkt organisierte der junge *DSU*-Politiker bereits jene Gesprächs-

runden, die als „Dresdner Freitagsgespräche“ bekannt werden sollten. Im „Dresdner Ratskeller“ kamen zu diesen Gesprächsrunden unterschiedliche Akteur*innen der extremen Rechten sowie Rechtskonservative und Nationalliberale zusammen. Ziel der Gruppe sei es laut eigenem Selbstverständnis gewesen, unter dem Motto „Jung-konservativ-unabhängig“ ein übergreifendes Austauschforum zu schaffen, um ein „positives Verhältnis zur eigenen Nation“ zu entfalten und konservative Wertvorstellungen zu stärken. Bereits Mitte der 1990er Jahre verfolgte Malcomeß damit scheinbar zwei Zielstellungen, die in den letzten Jahren zu Kernzielen extrem rechter Gruppen geworden sind: Zum einen die Überwindung der Grenzen zwischen dem klassischen Rechtsextremismus und dem Konservatismus. Zum anderen den Transport extrem rechter Positionen unter dem Deckmantel des Patriotismus in die Mehrheitsgesellschaft.

Als Meister der strategischen Neuausrichtung extrem rechter Gruppierungen kann die *Ein Prozent*-Bewegung gelten. Laut Vereinsregister hat die Gruppe ihren Sitz im ostsächsischen Oybin. Tatsächlich werden jedoch seit 2017 auch Büroräume in Dresden angemietet. Die sächsische Landeshauptstadt entwickelt sich derzeit zum organisatorischen und aktionistischen Zentrum von *Ein Prozent* und *Identitärer Bewegung*. In der ersten Jahreshälfte 2018 ist *Ein Prozent* auf der Suche nach neuen Räumen mit einer Größe von circa 100m². Der Vorsitzende des *Ein Prozent e.V.*, Philip Stein, spricht in der Öffentlichkeit davon, dass ein „Strukturausbau“ stattfinden soll. Tatsächlich ist es jedoch so, dass der Vermieter die Auskunft erteilt, *Ein Prozent* seien nach Protesten die ursprünglichen Räume gekündigt worden. Die *Ein Prozent*-Gruppierung versteht sich selbst als Bürgernetzwerk. Begriffe und inhaltliche Ausführungen, die sie in die Nähe neonationalsozialistischer Ideen stellen könnten, werden von den Hauptfiguren der Gruppierung vermieden. Die Außendarstellungen und Sprechweisen orientieren sich an Mythen über oppositionelle Gruppen in der DDR und Bürgerbewegten der 1980er Jahre in Westdeutschland, die nicht der extremen Rechten angehörten. Tatsächlich kann man bei genauerer Betrachtung der einzelnen Ortsgruppen von *Ein Prozent* eine gewisse Diversität feststellen. Diese wird dadurch möglich, dass *Ein Prozent* in erster Linie als eine Idee funktioniert, die konkrete oder detaillierte Inhalte vermeidet. Ein Prozent der Bevölkerung muss aktiv werden, so wird propagiert, damit sich die Gesellschaft verändert. Jede Ortsgruppe kann ihre eigenen Vorstellungen von Veränderung in diese Idee hinein projizieren. Die Macher von *Ein Prozent* kommen aus dem nahen Umfeld



Zwinger in Dresden

des u.a. von Götz Kubitschek¹ verantworteten *Instituts für Staatspolitik*. Nach der Gründung wurden noch Jürgen Elsässer², Karl Albrecht Schachtschneider³ und der *AfD*-Politiker Hans-Thomas Tillschneider als Mitverantwortliche genannt. Seit Herbst 2016 sammelten die Kader von *Ein Prozent* zahlreiche Proteste und Gruppen im gesamten Bundesgebiet, aber vor allem in den östlichen Bundesländern, die für völkische Ideen offen sind oder waren. Diesen regionalen Gruppen wird Beratung und Unterstützung vor Ort angeboten. Darüber hinaus werden sie Teil eines bundesweiten Netzwerkes und erhöhen damit auch ihre regionale Wahrnehmbarkeit. *Ein Prozent* setzte zudem durch eine moderne Öffentlichkeitsarbeit die ersten ernst zu nehmenden Fundraising- und Crowdfundingkampagnen innerhalb der extremen Rechten um. Dass die Chefstrategen der *Ein Prozent*-Bewegung sich in den letzten Monaten in Dresden niedergelassen haben, um dort ihre zentrale Anlaufstelle und ihren Aktionschwerpunkt zu gründen, hat in erster Linie mit den nach wie vor stattfindenden *Pegida*-Demonstrationen zu tun. In keiner anderen deutschen Großstadt existiert ein solch konstant hohes Mobilisierungspotenzial für extrem rechte Akteur*innen wie in Dresden und dem direkten Umland. Gezeigt hat sich die Mobilisierbarkeit der Dresdner Bürgerschaft für rassistische Inhalte bereits lange vor *Pegida*: So konnte Thilo Sarrazin 2011 bei seiner ersten Lesereise zu „Deutschland schafft sich ab“ in Dresden

vor 2.500 zahlenden Zuhörer*innen die bundesweit höchsten Besucherzahlen erreichen. *Pegida* kann bis heute in Dresden wöchentlich im vierstelligen Bereich mobilisieren, obwohl deren bundesweite Ableger bereits 2015 den Zenit ihrer Mobilisierungsfähigkeit überschritten hatten. *Pegida* hat sich im vergangenen Jahr stark ritualisiert. In immer gleicher Abfolge trifft sich ein harter Kern, der von weißen Männern im Alter von über 50 Jahren dominiert wird, um die Ereignisse der Woche Revue passieren zu lassen und vornehmlich elitenfeindlich und rassistisch in Erscheinung zu treten. Zudem gelang es immer wieder, städtische Veranstaltungen mit einer kritischen Masse von bis zu 100 Demonstrant*innen aus dem *Pegida*-Umfeld zu dominieren. Diese Mobilisierungen gelingen auch mehr oder weniger spontan. Inzwischen ist *Ein Prozent* kaum mehr aus der organisatorischen und inhaltlichen Vorbereitung dieser Events wegzudenken. Sie nutzen die Tatsache, dass in keiner anderen deutschen Großstadt der angestrebte Schulterchluss zwischen Rechtskonservatismus über die *AfD* bis hin zur rechtsextremen *Identitären Bewegung* und Teilen der neonazistischen *NPD* so gut gelingt. Eine ideologische Klammer jener Gruppen liegt in einem völkischen Nationalismus begründet. Ausgegangen wird dabei von einer Homogenität einzelner Völker und dem Verlangen nach einem starken, autoritären Staat. Menschen wie Hans-Holger Malmeß, der in diesem Beitrag exemplarisch steht, haben

den Boden bereits früh bereitet und wichtige Vorarbeit geleistet, um die Gemeinsamkeit unterschiedlicher Lager rechts der politischen Mitte herauszuarbeiten. Die Unterscheidung zwischen der sich als Bürgernetzwerk darstellenden *Ein Prozent-Bewegung* und der rechtsextremen *Identitären Bewegung* existiert nur formal und ist inhaltlich Augenwischerei. Die beiden Gruppierungen arbeiten eng zusammen und es bestehen zahlreiche personelle Überschneidungen: Der *Identitären Bewegung* geht es um aktionistische, medienwirksame Bilder und Inszenierungen. Sie gibt sich gern einen jugendlichen Anstrich. *Ein Prozent* hingegen ist die erwachsene Variante, die auf Langfristigkeit und seriöses Auftreten setzt. Wichtige Akteure von *Ein Prozent* und der rechtsextremen *Identitären Bewegung* in Dresden sind u.a. Julian Monaco und Michael Schäfer, die beide in der Vergangenheit im Bundesvorstand der *Jungen Nationaldemokraten (JN)*, letzterer auch als Bundesvorsitzender, aktiv waren. Beide waren auch für die *NPD*-Fraktion im Sächsischen Landtag als Mitarbeiter tätig und nahmen an *NPD*-Veranstaltungen, z.B. als Redner oder Ordner federführend teil. Über studentische Verbindungen, wie z.B. die Aachen-Dresdner Burschenschaft „Cheruscia“ oder die Dresdner Burschenschaft „Salamandria“ wirken die neuen extremen Rechten auch in den akademischen Bereich. Die Räumlichkeiten der Burschenschaft „Salamandria“ waren darüber hinaus in den letzten Monaten ein wichtiger Dreh- und Angelpunkt für Treffen und Aktionen von Rechtsextremen in Dresden.

Diese enge Verknüpfung zwischen einzelnen Burschenschaften und organisiertem Rechtsextremismus ist eine weitere Kontinuität. Aus dem Hause der Aachen-Dresdner Burschenschaft „Cheruscia“ ging nicht nur der spätere *NPD*-Landesvorsitzende und Bundesgeschäftsführer Holger Szymanski, sondern auch der langjährige Anmelder der Neonazi-Aufmärsche anlässlich der Bombardierung Dresdens im Zweiten Weltkrieg, Alexander Kleber, hervor. Der neonazistische, als Trauermarsch inszenierte, jährliche Aufzug wiederholt sich 2018 zum 20. Mal. Der Trauermarsch entwickelte sich zwischenzeitlich zum größten jährlich wiederkehrenden Neonazi-Aufmarsch in Europa. Im Jahr 2009 versammelten sich rund 7.000 Neonazis zu dieser Demonstration in Dresden. Die Bombardierung Dresdens steht innerhalb der Neonazi-Szene und darüber hinaus als ideales, sinnstiftendes Symbol der Beschwörung einer völkischen Identität, die kollektiv gelitten habe. Es findet die Konstruktion einer deutschen Volksgemeinschaft als Opfergemeinschaft statt.⁴ Die dahinterliegenden Muster sind auch für neue Rechte, wie z.B. die *Identitäre Bewegung* und ihr Umfeld, jederzeit reaktivierbar. Es ist bisher

noch nicht auszuschließen, dass Dresden anlässlich des Jahrestages der Bombardierung als europaweiter Aufmarschplatz für Neonazis und andere völkische Gruppen wiederentdeckt werden kann. Grundlagen für die hohe inhaltliche Anschlussfähigkeit der neonazistischen Positionen zu diesem Thema an die bürgerliche Stadtgesellschaft wurden schon zu Beginn der 1990er Jahre gelegt. Im Juni 1990 konnte der Holocaust-Leugner David Irving seine Thesen zum „Untergang Dresdens“ vor begeistertem Publikum im Dresdner Kulturpalast verkünden.

Dresden kann auf langjährige Kontinuitäten bezüglich unterschiedlicher Ausformungen extrem rechter Organisationen und Aktionen zurückblicken. Bereits zu Ende des Jahres 1989 mischten sich verstärkt Neonazis unter die Montagsdemonstrant*innen in Dresden. Bei einem Aufmarsch der „Initiative Deutschland“ im Herbst 1990 unter dem Motto „Deutsche Einheit – soziale Gerechtigkeit“ skandierten die 600 Teilnehmer*innen mehrfach „Sieg-Heil“ auf Dresdens Straßen, ohne dass die Polizei einschritt. Auf dem Theaterplatz rief die damalige Führungsfigur der Neonazis, Michael Kühnen, Dresden zur „Hauptstadt der Bewegung“ aus. Dieser Ruf von der „Hauptstadt der Bewegung“ wurde inzwischen von dutzenden Redner*innen auf den *Pegida*-Bühnen kopiert. In einem aktuellen Rundbrief an ihre Unterstützer*innen bezeichnet die *Ein Prozent*-Gruppierung Dresden als „Hauptstadt des Widerstandes“ mit einer „herausragenden Bedeutung [...] für die gesamte patriotische Bewegung“. Die Jugendorganisation der *NPD*, die *JN*, benutzt den Untertitel „Aktion Widerstand“ bereits seit Beginn der 1970er Jahre. Die gegenseitige Bezugnahme der neuen Rechten auf eben jene Traditionslinien und bewährten Begriffe ist gewollt, um damit im Schulterschluss zwischen klassischem Rechtsextremismus und rechtskonservativen Positionen einen neuen Faschismus in die Mehrheitsgesellschaft zu tragen. Dieser kommt zuweilen scheinheilig unter dem verbindenden Begriff des Patriotismus daher.

1 | Götz Kubitschek ist Mitbegründer des privaten, neurechten Think-Tank Institut für Staatspolitik, jahrelanger Geschäftsführer des Antaios-Verlages, der u.a. rechtsextreme Bücher vertreibt und Redakteur der *Sezession*, die eine Scharnierfunktion zwischen der extremen Rechten und der demokratischen Rechten einnimmt. Er gilt als einer der Vordenker in diesem Spektrum.

2 | Jürgen Elsässer ist Ideologejournalist und Chefredakteur des rechtspopulistischen Magazins *Compact*, in dessen Beiträgen ein Hang zu Verschwörungstheorien deutlich wird.

3 | Karl Albrecht Schachtschneider ist Staatsrechtslehrer und seit vielen Jahren in der neuen Rechten aktiv.

4 | Vgl. u.a. Antifa Recherche Team Dresden: Dresden ruft. Wie einer der größten europäischen Naziaufmärsche entsteht. In: Autor_innenkollektiv >Dissonanzen< (Hg.): Gedenken abschaffen. Kritik am Diskurs zur Bombardierung Dresdens 1945. S. 142 f.



Yenidze in Dresden



- 4 -

„ICH GLAUB‘, DIE MEISTEN WOLLEN MIT DER THEMATIK GAR NICHTS ZU TUN HABEN ...“¹

VERBREITUNG RASSISTISCHER NARRATIVE IN EINER KLEINSTADT AM BEISPIEL GEITHAIN

Geithain ist ein malerisches Städtchen im Landkreis Leipzig. Viele Menschen leben gern in diesem Ort.¹ Dennoch geriet die Stadt in der Vergangenheit mehrfach in den Fokus der Öffentlichkeit wegen brutaler Übergriffe, die von Neonazis verübt wurden bzw. bei denen eine solche Täterschaft vermutet wurde.

In Gesprächen, die das Mobile Beratungsteam / Regionalbüro Nordwest im Zusammenhang mit der Erarbeitung eines Sozialraumportraits mit mehreren Bürger*innen von Geithain Anfang des Jahres 2017 führte, erinnerten sich die Gesprächspartner*innen vor allem an zwei Ereignisse, die bis in die Gegenwart nachhallen: Der Überfall auf einen damals 15jährigen Jungen im Mai 2010, bei dem dieser lebensgefährlich verletzt wurde, sowie der Angriff auf die Pizzeria „Bollywood“ im Mai 2012, der bis heute nicht aufgeklärt ist. Beide Ereignisse, wie auch der Überfall auf vier junge Menschen, die z. T. erhebliche Verletzungen davon trugen, durch sich selbst als „rechts“ bezeichnende junge Männer im April 2011² waren Gegenstand breiter Berichterstattungen in der regionalen, z. T. auch deutschlandweiten Presse. Eine Person erzählte zudem eine Geschichte, die weniger stark in der Öffentlichkeit wahrgenommen wurde: „Oder auch [...] der [...]“³, der so'n Coffee-Shop in R[...] dann gemacht hat. Der hatte hier ein Haus [...] Ja der hatte bisschen eine linke Einstellung. Der wurde richtig bedroht. Und dann gab's von rechter Seite wirklich die Kriegserklärung. Da sind richtig unschöne Sachen passiert [...] 2008 vielleicht.“⁴

Die Übergriffe aus den Jahren 2008 bis 2011 stellen die Tiefpunkte einer Entwicklung dar, in der es gelungen war, in dem Ort und der Umgebung stabile Freie-Kräfte-Strukturen zu entwickeln.

Menschen vor Ort beschrieben diese in Beratungsgesprächen als gut organisiert und äußerst gewaltbereit.⁵ Hauptprotagonist war hierbei Manuel Tripp, der in zweiter Legislaturperiode für die NPD im Stadtrat und seit 2014 im Kreistag vertreten ist. Mit seiner Person verknüpft sich eine über Jahre währende Kontinuität des organisierten Neonazismus in der Region.⁶

Seit 2009 begannen unterschiedliche Akteur*innen sich mit diesen Strukturen auf den verschiedensten Gebieten in Geithain auseinanderzusetzen. Der Stadtrat informierte sich im Rahmen einer Veranstaltung über das Thema Rechtsextremismus. Die Satzungen der Stadt wurden dahingehend überarbeitet, dass eine Nutzung kommunaler Immobilien durch die NPD – leider auch durch alle anderen Parteien – nicht mehr möglich ist. Bürger*innen gründeten die Initiative für ein weltoffenes Geithain.⁷ Im Folgenden soll auf drei Ereignisse eingegangen werden, die in der (kommunalen) Öffentlichkeit eine breite Resonanz fanden und bis in die Gegenwart nachhallen.

~

MAI 2010

Wie bereits erwähnt wurde im Mai 2010 ein damals 15jähriger Jugendlicher an einer Tankstelle in Geithain lebensgefährlich verletzt. Sein Name, seine Adresse, Informationen über seine Familie sowie sein Bild waren zuvor auf einer rechtsextremen Internetseite veröffentlicht worden. Kurz vor dem Überfall zierte ein Graffito die Garage der Eltern: „Rotfront verrecke“ und „Florian, wir kriegen dich“.⁸ Nach Schilderungen der Leipziger Volkszeitung war der Täter Albert R. gezielt auf das Opfer zugegangen und hatte ohne Vorwarnung zugeschlagen. Der Staatsanwalt unterstrich die rechtsextreme Grundhaltung des Täters, der zudem breite Solidarisierung aus der Szene, unter anderem auch durch Manuel Tripp, während des Prozesses erfuhr.⁹

Auch nach Jahren ist Menschen in Geithain dieses Ereignis noch gegenwärtig. Vier der insgesamt zwölf interviewten erwachsenen Menschen erinnerten sich, befragt nach diskriminierenden Vorfällen in Geithain, auch an diesen Überfall. Interessant ist jedoch, wie dieses Ereignis erinnert wird: „Ich weiß damals, als das los ging mit der Initiative für ein weltoffenes Geithain, da war, ne Frau, deren Sohn, der da an der Tankstelle überfallen wurde, den sie fast totgeschlagen haben, die hat auch Schlimmes durch. Die hat sich auch ausgezogen mit ihrer offensiven Arbeit. Mit der hatte ich viele Gespräche damals. Da gab es schon sehr viel unschöne Dinge.“¹⁰ Diese Person erinnert sich an die Betroffenen, den Jugendlichen, jedoch fast mehr noch an die Mutter. Mit ihr hatte er offensichtlich im Nachgang intensiveren Kontakt. Das Ereignis selbst wird immerhin als „unschön“ beschrieben.

Eine andere Person erinnert diesen Überfall zwar als „furchtbar“, ein noch wichtigerer Grund des Erinnerns scheint jedoch die Verknüpfung mit rechts zu sein. „Es gab natürlich auch Ausgrenzung, wo das mit diesem [...] K. war. Da waren auch alle rechts. Also da gibt's keine Linken in Geithain. Dass wir das auch so furchtbar fanden, wie alle anderen auch – alle Geithainer fanden das furchtbar. Das wurde nicht so gesehen. Es wurde gesagt, das sind die Rechten.“¹¹ Nach diesem Ereignis galt der Ort in einer nicht näher beschriebenen Öffentlichkeit offenbar als rechts. Das war bzw. ist für die betreffende Person ein Problem. Auffällig ist in diesem Fall, dass die Auseinandersetzung von Menschen mit der Neonaziszene vor Ort auch von ihr scheinbar nicht erinnert wird. Zumindest wird das auch im weiteren Interviewverlauf nicht erwähnt. Dieses Phänomen ist häufiger zu beobachten. Die Zuweisung, dass ein Ort und seine Menschen „rechts“ seien, schafft Abwehr, die, so die Zuschreibung tatsächlich pauschal erfolgt, auch nachvollziehbar ist. Dem folgt jedoch nicht der Schritt des eigenen Engagements, nicht einmal der Hinweis auf Menschen, die sich engagieren.

Dazu sind mehrere Vermutungen möglich: Die von Gewalt betroffene Person ist nicht das „richtige Opfer“, kein unbescholtenes Blatt. Rechtfertigt das einen körperlichen Angriff? Eine andere Befürchtung könnte sein, selbst ob des eigenen Engagements in eine „linke Ecke“ gestellt zu werden, in der die Person sich selbst nicht verortet. Allzu häufig wird ein Engagement gegen Neonazismus und Rassismus mit „links“ oder gar „linksextrem“ in Verbindung gebracht. Dass es einfach um demokratische Ideen und deren Ausgestaltung gehen könnte, verschwindet dahinter.

Die These des „nicht richtigen Opfers“ bestätigt eine weitere interviewte Person, der für die Nöte der Mutter zwar Verständnis aufbrachte, gleichzeitig jedoch vermutete, dass der Junge in irgendeiner Form provoziert haben müsse. Selbst die Rechten würden nicht einfach so zuschlagen. Allerdings räumt auch diese Person ein, dass das Zertrümmern des Schädels „gar nicht ginge“.¹²

Ähnlich sah es die vierte Person, die sich an dieses Ereignis erinnerte: „Wir hatten in Geithain sicherlich die hochproblematische Geschichte mit dem kleinen K. usw. Es ist, man muss aber sagen, der hat sich in der Sache natürlich auch gesonnt. Das muss man leider auch sagen. Ich hab ihn auch paar Mal selber gesehen. [...] also es gibt keinerlei Gründe, jemanden zu verdreschen oder lebensgefährlich zu verletzen. [...], aber man kann natürlich eskalierend oder deeskalierend einwirken. Und da hab ich ihn immer, wenn ich ihn erlebt hab', immer eskalierend erlebt.“¹³

Problematisch ist insgesamt, dass mit Ausnahme der ersten Person der Überfall auf den Jugendlichen als ein individuelles Problem erscheint, in dem „Rechte“ irgendwie eine Rolle spielen. Die Einordnung dieser Tat in eine Reihe von Ereignissen sowie als Ergebnis einer Ideologie, die Gewalt nicht nur in Kauf nimmt, sondern es als legitimes Mittel der Durchsetzung der eigenen Ideen begreift, unterbleibt. Damit wird der Jugendliche nicht nur für die ihm angetane Gewalt verantwortlich gemacht, sondern der strukturelle Hintergrund der Tat wird völlig ausgeblendet.

~

DEZEMBER 2010

Im Dezember 2010 verfügte die damalige Bürgermeisterin Romy Bauer die Schließung eines selbstverwalteten Jugendklubs im Ortsteil Syhra. „Also Syhra hatte seine Schlagzeile erlebt, dass der Jugendklub mal rechtslastig wurde.“, äußerte eine*r Einwohner*in aus Geithain.¹⁴ Die Dokumentationsplattform chronik.LE berichtete unter Berufung auf Einträge auf der damaligen Homepage von Manuel Tripp und dem Internetportal „Freies Netz Borna-Geithain“¹⁵, dass der „heimattreuen Jugend“ mit der Schließung des Klubs ein „Freiraum“ genommen worden sei, in dem diese eine „Jugendkultur ohne politische Indoktrinierung“ etabliert hätte.¹⁶

Von diesem Zeitpunkt an wurde die Bürgermeisterin von den Freien Kräften als Person massiv verunglimpft. Im Stadtgebiet tauchten Aufkleber auf, die ein Portrait von Romy Bauer mit einem roten Blutleck auf der Stirn abbildeten, der an einen Kopfschuss erinnert.¹⁷ Mehrfach fanden im Jahr 2011 Mahnwachen vor dem Rathaus in Geithain statt, z. T. unterstützt von Manuel Tripp. In seinen Beschreibungen erwähnte Tripp mindestens zweimal, dass während der Mahnwachen Fackeln zum Einsatz kamen.¹⁸ Diese Form der Inszenierung erinnert an faschistische Ästhetik und ist durchaus typisch für die *Freie-Kräfte*-Szene. Zudem tauchten im Stadtbild Plakate auf, in denen das Freie Netz Borna-Geithain für den Erhalt des Jugendklubs Syhra wirbt.¹⁹

In seiner Rolle als Stadtrat veröffentlichte Manuel Tripp auf seiner Homepage Beschreibungen aus den Stadtratssitzungen. Von Dezember 2010 bis Februar 2012 nahm er hierbei regelmäßig auf den Jugendklub Syhra Bezug, häufig in Kontrast zum als „links“ bzw. „linksalternativ“ bezeichneten Jugendhaus R9. Zudem zeichnete er ein Bild von der Jugendarbeit in diesem Haus, das den Eindruck erweckte, dass dort gegen die Vorschriften des Jugendschutzes verstoßen würde. Im Zusammenhang mit damals dort stattfindenden Konzerten tauchte auch der Begriff „linksextrem“ auf. Bemerkenswert ist, dass bereits 2009, also lange vor der Schließung des Klubs in Syhra das Jugendhaus „R9“ im Fokus von Manuel Tripp stand.²⁰

Das Jugendhaus R9 wurde im Sommer 2016 tatsächlich geschlossen. Über die Gründe schweigen sich der jetzige Bürgermeister Frank Rudolph und der ehemalige Betreiber des Jugendhauses, die Kindervereinigung Leipzig e.V. im gegenseitigen Einvernehmen aus. Der Schritt erscheint Menschen in Geithain nicht nachvollziehbar und öffnet Raum für Spekulationen. In den Gesprächen im Zusammenhang mit der Erstellung des Sozialraumportraits wurde vielfach Unverständnis geäußert. Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene, die das Haus regelmäßig nutzten, zeigten sich schockiert, sowohl über die Schließung als solche als auch über die Art und Weise, wie dies passierte.²¹ Auch Menschen, die dem Jugendhaus angesichts der von ihnen wahrgenommenen Linkslastigkeit eher kritisch gegenüber standen, hatten mit dem letzten Wechsel der vor Ort tätigen Sozialarbeiterin eine Veränderung in der Arbeit des Jugendhauses konstatiert. Insofern erscheint der Zeitpunkt der Schließung noch unverständlicher: „Das Bedauerliche ist ja, dass gerade die Frau Müller²² auf einem sehr guten Weg war, im Kinder- und Jugendhaus [...] Angebote zu erstellen, wo auch wieder mehr Zulauf da war, also einfach aus der Stadt.“²³



MAI 2012

Im Mai 2012 explodierte ein selbstgebastelter Sprengsatz vor dem von einem Pakistaner betriebenen Imbiss. Bereits im Vorfeld lagen Anzeigen wegen Angriffen auf das Ladengeschäft bei der Polizei vor. Die damalige Bürgermeisterin, Romy Bauer, wie auch Politiker*innen des Sächsischen Landtags äußerten öffentlich Vermutungen, dass die Tat einen rechtsextremen Hintergrund haben könnte. Die Ermittlungen von Polizei und Staatsanwaltschaft schlossen ein solches Tatmotiv ausdrücklich ein.²⁴ Vor dem Hintergrund dessen, dass nur ein halbes Jahr zuvor der „Nationalsozialistische Untergrund“ öffentlich geworden war, dem zehn Morde an zumeist migrantischen Menschen und etliche andere Verbrechen zugeordnet werden, und die damit im Zusammenhang stehenden Ermittlungsspannen in der Öffentlichkeit breit diskutiert wurden, schien es nur folgerichtig, dieses Tatmotiv als ein mögliches explizit zu benennen und die SoKo Rex in die Ermittlungsarbeit einzubeziehen. Die öffentliche Stellungnahme der Bürgermeisterin führte zu einer weiteren Diffamierung ihrer Person, vor allem seitens der organisierten Naziszene.²⁵

Die Tat wurde nie aufgeklärt. Unter Berufung auf Verlautbarungen der Staatsanwaltschaft berichtete die Leipziger Volkszeitung: „Im Ergebnis der Ermittlungen sei es nicht gelungen, die mutmaßliche Motivation beziehungsweise die Hintergründe der Tat aufzuklären, bedauert Schulz.“²⁶ „Es wurden Ermittlungen in alle Richtungen geführt und sowohl ausländerfeindliche als auch möglicherweise im persönlichen oder geschäftlichen Bereich des Geschädigten liegende Motive einer eingehenden Prüfung unterzogen.“ In der Gesamtschau und auch unter Berücksichtigung der übrigen zuvor durch den Geschädigten angezeigten Vorfälle lasse sich nach Auffassung der Staatsanwaltschaft keines dieser möglichen Motive für die Tat eindeutig ausschließen oder sicher belegen.²⁷

Bereits sechs Tage nach der Tat war auf der Internetseite des NPD-Stadtrates nachzulesen, dass dieser rassistische Motive und *Freie Kräfte* als Täter*innen nicht nur ausschloss, sondern Vermutungen darüber anstellte, dass es zwischen dem Pakistani und einem Türken am Abend vor der Tat angeblich einen heftigen Streit gegeben hätte und vor dem Imbiss in den späten Abendstunden angeblich „finstere Gestalten in Anzügen“ vorgefahren seien. Aus seiner Beobachtung, dass er in dem Laden nie Kunden gesehen habe, schloss er, dass das Geschäft schlecht gegangen sei und mutmaßte, dass der Betreiber nun ja Versiche-

rungsgelder kassieren könnte und fristlos aus dem Mietvertrag heraus käme.²⁸

Mit diesem Agieren konnten die *Freien Kräfte* an Vorurteile anknüpfen, die es ohnehin in Teilen der Bevölkerung gab. Der Überfall aus dem Jahr 2012 ist auch gegenwärtig vielen Menschen im Ort präsent. Da keine Täter*innen ermittelt werden konnten, ist auch ein eindeutiges Tatmotiv nicht belegbar. In dokumentierten Gesprächen äußerten Menschen fünf Jahre später jedoch in Bezug auf die Tat Sicherheiten hinsichtlich des Tatmotivs, die zumindest erstaunen: So erklärte eine Person, dass sich später herausgestellt habe, dass es sich eigentlich um einen Bandenkrieg gehandelt hätte sowie, und das scheint interessant, die Nazis nur Schläger gewesen seien, also Handlanger.²⁹ Eine andere Person war sich im Gespräch sicher: „[...] nämlich in der Sache, dass unsere letzte Bürgermeisterin gesagt hat, die Rechten in Geithain hätten das Fenster des Dönermann eingeschossen. Das wurde riesengroß in der Presse gebracht. Die Jugendlichen [...] an der Schule [...] wurden per Polizei täglich kontrolliert – die Rucksäcke, weil es ja die Rechten sind und solche Sachen. Es ist nachgewiesen, dass der Mann das selber war, um seine Versicherung zu bescheißen, das wurde nie öffentlich gemacht.“³⁰ Andere äußerten sich vorsichtiger: „Als dieser Vorfall mit der Pizzeria war, war natürlich für einige die Schlussfolgerung, leider auch für unsere damalige Bürgermeisterin, [...] das sei ein rechter Anschlag gewesen. Bis heute habe ich keine definitive Aussage, was es nun war. Es war lange Zeit ungeklärt und dann auch mal in der Diskussion [...] Schutzgeld oder so etwas unter den Pizzeriabetreibern.“³¹

Interessant ist hierbei, dass keine der drei zitierten Personen Rassismus als mögliches Tatmotiv überhaupt erwähnt. Diese bereits kurz nach der Tat geäußerte Vermutung konnte nicht belegt werden und scheidet womöglich deshalb im städtischen Diskurs als Möglichkeit aus. Außerdem äußerten diese Personen, dass mit dem Rassismusbewertung der Ort in Verruf geraten sei. Hier erscheint nicht die Tat – ein Sprengstoffanschlag – als ein zu verurteilendes Problem, sondern die als Gewissheit geäußerte Vermutung von einer rassistischen Tat. Diese Sichtweisen erinnern fatal an das Versagen der Ermittlungen zu den Taten des Nationalsozialistischen Untergrunds, die Rassismus als Tatmotiv ausschlossen. Lediglich eine Person machte im Gespräch eine Verurteilung der Tat deutlich und benannte verschiedene mögliche Tatmotive: „Da gab's mal den Fall mit dem Imbiss, der da überfallen wurde und mit 'ner Bombenattrappe oder was auch

immer, ein Sprengsatz reingeschmissen wurde. Das waren schon, also schlimme Sachen, die passiert sind. Man weiß zwar bis heute [...] nicht den Grund [...]. Ob es rechte Gewalt war, was am Anfang gleich gesagt wurde, was natürlich möglich wäre. Aber es könnte genauso Konkurrenz aus dem Weg räumen gewesen sein von den Anderen. Es wurde gesagt, es wurde in alle Richtungen ermittelt.“³²

Inwieweit die Diskussionen in der Stadtgesellschaft durch die sehr schnellen Äußerungen des NPD-Stadtrats beeinflusst wurden, kann selbstverständlich nicht mit Sicherheit geäußert werden. Es ist jedoch auffällig, dass beide schriftlich geäußerten Mutmaßungen des NPD-Stadtrates Eingang in ein mehrfach geäußertes Narrativ zu dem Ereignis fanden. Dass der NPD-Stadtrat im Ort Rückhalt hat, ist unter anderem aus den Wahlergebnissen zur Stadtratswahl 2014 ablesbar. Als Einzelkandidat erreichte er die zweithöchste für eine Person abgegebene Stimmenzahl. Im Vergleich zur Stadtratswahl fünf Jahre zuvor konnte die Person die absoluten Stimmen um 75 Prozent erhöhen.

Diese Perspektiven machen eine Auseinandersetzung mit rassistischen Einstellungen und faschistischen Strukturen schwer, wenn nicht gar unmöglich. In Geithain kam es im Jahr 2015 zu einem körperlichen Angriff auf eine seit 20 Jahren im Ort lebende junge Frau wegen ihrer Hautfarbe und ihres Kopftuches, das sie als Muslimin ausweist. Als die Initiative für ein weltoffenes Geithain am Ort des Geschehens – ein Parkplatz vor einem Geschäft – eine kleine Veranstaltung durchführen wollte, sagte die/der Gewerbetreibende ab, weil sie keinen Stress mit den *Freien Kräften* haben wollte/n. Auch andere Menschen äußerten indirekt Angst³³, wenngleich es im Ort derzeit wenige öffentlich wahrnehmbare Aktivitäten der Szene gibt.

Blickt man rückschauend auf Geithain wird deutlich, dass der strukturelle Charakter einer gut organisierten neonazistischen Szene vor Ort in den Diskursen wenig bis keine Rolle spielt.

Ein brutaler Überfall auf einen Jugendlichen erscheint bestenfalls marginalisiert. Vor allem jedoch wird das Opfer für die Tat zumindest mitverantwortlich gemacht. Dass hinter dieser Tat, wie auch hinter dem eingangs erwähnten Überfall im April 2011 Mitglieder einer gut organisierten neonazistischen Szene standen, wird öffentlich kaum thematisiert.

Das Jugendhaus „R9“ erschien in der Wahrnehmung häufig als „linkslastig“ oder „links“. Mit seinem Eintritt in den Stadtrat

bediente Manuel Tripp öffentlich dieses Thema. Er knüpfte damit geschickt an Kritiken an, die es im Ort bereits gab, und verknüpfte diesen Diskurs mit dem wegen des neonazistischen Klientels geschlossenen Jugendklub in Syhra. Dass im Jahr 2016 das „R9“ ohne öffentliche Diskussion und ohne Einbeziehung der jugendlichen Nutzer*innen geschlossen wurde, erscheint vor diesem Hintergrund äußerst fatal.

Die Narrative in Geithain zum Sprengstoffattentat auf die Pizzeria „Bollywood“ lassen mögliche rassistische Tatmotive zumeist außen vor. Angenommen werden statt dessen Konkurrenz oder Versicherungsbetrug als Tatmotiv. Dies sind Vermutungen, die nahtlos an die Veröffentlichungen eines Manuel Tripp anschließen. Die fehlende Würdigung des möglichen rassistischen Tatmotives ist brandgefährlich und führte im Falle des NSU dazu, dass neun Menschen ermordet werden konnten.

Andererseits werden Menschen diffamiert oder marginalisiert, die sich gegen Übergriffe und Ausgrenzungen engagieren. Das äußert sich im Umgang mit der früheren Bürgermeisterin Romy Bauer, aber auch der Initiative für ein weltoffenes Geithain.

-
- | | |
|--|--|
| <p>1 <i>Anfang des Jahres 2017 führte das Mobile Beratungsteam / Regionalbüro Nordwest des Kulturbüro Sachsen e.V. mit mehreren Bürger*innen von Geithain Gespräche im Zuge der Erstellung eines Sozialraumportraits. Dieses ist unter dem Titel: „Vielleicht geht auch so was, wie ‘ne Bürgersprechstunde, so untereinander“.</i> Bürger*innen und Jugendbeteiligung in Geithain, erstellt vom Kulturbüro Sachsen e.V. erschienen. Das Zitat stammt aus einem der Gespräche. Die Gesprächspartner*innen wurden anonymisiert. P8 – 32:07-32:20 min.</p> <p>2 Vgl. „Vielleicht geht auch so was, ...“, 2017, S. 8.</p> <p>3 Vgl. <i>Leipziger Volkszeitung (im Folgenden LVZ), Ausgabe Borna-Geithain</i>, 30.09.2011, S. 20.</p> <p>4 <i>Auf die Nennung von Namen wird hier und im Folgenden aus Sicherheitsgründen verzichtet.</i></p> <p>5 <i>Das Gespräch wurde im Zusammenhang mit dem unter FN I genannten Sozialraumportrait geführt.</i> P10, 24:45 – 25:04 min.</p> <p>6 <i>Diese Einschätzung teilte im Übrigen auch der Sächsische Verfassungsschutz. Vgl. Freistaat Sachsen, Verfassungsschutzbericht (im folgenden VSB) 2012, S. 94.</i></p> <p>7 <i>Manuel Tripp wird in vielen Gesprächen im Zusammenhang mit der unter FN I genannten Studie als Hauptakteur der Freien-Kräfte-Szene in Geithain und Umgebung benannt. Vgl. GG2; P1; P3; P4; P5; P8; P10. Zudem wird Manuel Tripp zwischen 2011 und 2016 regelmäßig auch in den Berichten des sächsischen Verfassungsschutzes als zentrale Person in der Geithainer Neonaziszene benannt, die zudem gut vernetzt ist, u. a. mit anderen Neonazisten im Landkreis Leipzig sowie im Landkreis Mittelsachsen. Vgl. VSB 2011, S. 70, 102; VSB 2012, S. 77, 94f.; VSB 2013, S. 116-119; VSB 2014, S. 128f., 131; VSB 2015, S. 145.</i></p> <p>8 <i>Hierbei war das Mobile Beratungsteam des Kulturbüro Sachsen e.V. beratend tätig.</i></p> <p>9 Vgl. Maximilian Papp, „Florian, wir kriegen sich.“ <i>Auf dem Land in Sachsen treiben Neonazis ungeniert und ungestört ihr Unwesen. Wer sich dem alltäglichen Terror entgegen stellt wird eingeschüchtert und verfolgt</i>, in <i>Spiegel</i> 24/2012, S. 32.</p> <p>10 <i>LVZ online, Region Geithain</i>, 01.04.2011.</p> <p>11 P10 - 24:16 – 21:46 min.</p> | <p>12 P12 - 27:44 – 28:04 min.</p> <p>13 P1.</p> <p>14 P4 - 16:38 – 17:27 min.</p> <p>15 <i>Das Gespräch wurde im Zusammenhang mit der unter FN I genannten Studie geführt.</i> P10 - 4:09-4:12 min.</p> <p>16 <i>Das Freie Netz verkörperte seinerzeit eine überregional vernetzte, äußerst aktive Neonaziszene.</i></p> <p>17 Vgl. https://www.chronikle.org/ereignis/geithain-neonazis-genutzer-jugendklub-syhra-geschlossen [zuletzt eingesehen 05.12.2017].</p> <p>18 Vgl. https://www.chronikle.org/ereignis/frees-netz-geithain-gibt-b%bC3%BCrgermeisterin-plakat-abschuss-frei [zuletzt eingesehen 07.12.2017].</p> <p>19 Vgl. www.manuel-tripp.de, Einträge vom 17.02.2011 und 21.04.2011 [eingesehen im Internet Archive am 05.12.2017].</p> <p>20 <i>Wie Anm. 17.</i></p> <p>21 Vgl. www.manuel-tripp.de, Einträge vom 16.12.2009, 23.04.2010, 16.06.2010, 22.12.2010, 17.02.2011, 23.03.2011, 21.04.2011, 18.10.2011, 18.11.2011, 28.01.2012, 22.02.2012 [eingesehen im Internet Archive am 05.12.2017].</p> <p>22 Vgl. „Vielleicht geht auch so was, ...“, S. 17f.</p> <p>23 Doreen Müller, <i>Jugendsozialpädagogin im R9 von Januar 2016 bis zur Schließung am 7. August 2016</i>.</p> <p>24 P3 - 18:58-19:47 min.</p> <p>25 Vgl. <i>LVZ, Ausgabe Borna-Geithain</i>, 15.05.2017, S. 15; ebd., 14.05.2017, S. 17.</p> <p>26 Vgl. z. B. Vgl. www.manuel-tripp.de, Einträge vom 18.05.2012 und 25.05.2012 [eingesehen im Internet Archive am 05.12.2017]. Auch in den Gesprächen im Zusammenhang mit der unter FN I genannten Studie äußerten Menschen sich negativ über die Einordnung der Tat durch Frau Bauer. Vgl. P1, P3, P12.</p> <p>27 <i>Oberstaatsanwalt Ricardo Schulz, seinerzeit Pressesprecher der Leipziger Staatsanwaltschaft.</i></p> <p>28 Vgl. <i>LVZ, Ausgabe Borna-Geithain</i>, 12.03.2013, S. 28.</p> <p>29 Vgl. http://www.manuel-tripp.de/?p=845#more-845 [zuletzt eingesehen und gesichert am 13.09.2017].</p> <p>30 P1.</p> <p>31 P12 - 27:09-27:41 min.</p> <p>32 P3 47:09 – 47:55 min.</p> <p>33 P10 - 21:29 – 22:11 min.</p> <p>34 P1; P8.</p> |
|--|--|



IMPRESSUM

HERAUSGEBER

Kulturbüro Sachsen e.V.
Grit Hanneforth, Geschäftsführerin
Bautzner Straße 45
01099 Dresden
www.kulturbuero-sachsen.de



Unterstützen Sie unsere Arbeit mit einer Spende!
IBAN: DE 288 5020 5000 0035 87301
BIC: BFSWDE33DRE

TEXT UND RECHERCHE

Kulturbüro Sachsen e.V.
Lektorat: Laura Dittmann
Redaktionsschluss: 10.01.2018

BILDER

Alle Fotos werden unter Creative Commons CC0 mit
freundlicher Unterstützung von Pixabay veröffentlicht.

LAYOUT UND SATZ

Nadine Rothe
mail[aet]nadine-rothe.de

*Diese Publikation wurde gefördert durch die
Amadeu-Antonio-Stiftung.*





KULTURBÜRO
SACHSEN E.V.

**#UNSINTERES
SIERT VER
ÄNDERUNG**